

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3564.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergelbte Bettzeile oder deren Raum 40 A,
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A,
Veranstaltungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Vereinbarung.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zuzug ist fern zu halten von:
- Fischlern** nach Jena (Bernth & Raumann), Worms, Münster (Firma Wwe. Keller), Neudern (Firma Kromer & Co.), Stuttgart (Wöhrer & Co.), Luckenwalde (Werstätten Hünze und Herms);
 - Fischlern, Drechseln, Polirern und Maschinenarbeitern** nach Finsterwalde (Züchfabrik Curt Winkler);
 - Fischlern und Maschinenarbeitern** nach Leipzig (Firma Wagner & Zinkeisen und Schlobach);
 - Drechseln** nach Zeitz (Worms);
 - Sorndrechseln** nach Coblenz (Firma Densmer & Hartmann);
 - Stellmachern** nach Linden-Fischerhof (Hannoversche Waggonfabrik);
 - Korbmachern** nach Düben (Rindewagenfabrik), Oranienburg, Rippertwiese bei Schwedt an der Oder (Tornow);
 - Perlmutter-Knopfdrechseln** nach Berga (Rob. Meier jr.).

Wider die wilde Konkurrenz.

h. Man hat gesagt, das System der Akkordarbeit sei wahrscheinlich so alt, wie das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter überhaupt und liege in der Art der Beschäftigung begründet, da es sehr wohl denkbar sei, daß der Arbeitgeber Einrichtungen treffe, die den Arbeiter gegen seinen Willen zur angelegentlichsten Thätigkeit anspornen können. Das treffe zu für die Fabrication von Geweben, Garn und dergleichen, wo es der Fabrikant in der Hand hat, durch eine vermehrte Umdrehungsgeschwindigkeit seiner Maschinen die Arbeiter außerordentlich auszunutzen; oder auch bei den Hilfsarbeitern in Schmiedereien und Maschinenwerkstätten, deren Arbeitsleistung abhängt von der Energie des Schmiedes oder Maschinenbauers dessen Handlanger sie sind und der, da auch er im Stücklohn arbeitet, ein großes Interesse an der Intensität der Arbeitsleistung hat.

Wir wissen wohl, daß es auch unter den Arbeitern nicht wenige Vertheidiger dieses Systems giebt. Und wir wollen im Nachstehenden prüfen, wie weit die Einwendungen derselben gegen die Beseitigung der Akkordarbeit gerechtfertigt sind. Das Uebel, an Stelle des Zeitlohnes den Stücklohn zu setzen, ist unter Protection der Unternehmer im letzten Jahrhundert fast allgemein geworden; es ist vielleicht das am schwersten auszurottende, da es, wie gesagt, selbst unter den organisierten Arbeitern garnicht Wenige giebt, die die Akkordentlohnung bevorzugen, wenn nicht gar fordern. Diese Thatsache erklärt sich aus der Möglichkeit, durch Uebernahme eines guten Akkordjahres „einen Reiback zu machen“. Man will schnell eine größere Summe verdienen, und da das bei der Zeitentlohnung ausgeschlossen ist, so erhebt man die Gelegenheit, in „Akkord“ seine Arbeitskraft auf's Aeupferste anzustrengen. Es ist also der verlockende hohe Verdienst, der bei den Arbeitern dieses System beliebt gemacht hat. So sehr wir nun den Arbeitern einen höheren Wohlstand gönnen, und gerade weil wir dies thun, müssen wir immer wieder gegen dieses System, ankämpfen, denn von allen Erscheinungen unseres Wirtschaftslebens ist die Stückentlohnung vielleicht diejenige, die die traurigsten Folgen für die Arbeiter und Konsumenten hat.

Wenn wir erwägen, daß der Unternehmer, um die Arbeiter zur Annahme der Stückentlohnung zu bewegen, immer als Lockmittel den hohen Lohn in Aussicht stellt, so müßte den organisierten Arbeiter schon diese Thatsache trübsig machen; denn wir haben in den langen Jahren der Lohnkämpfe gelernt, daß im Allgemeinen der Unternehmer der höheren Entlohnung fast immer hinderlich war. Und seit die technische Revolution unter Anwendung der mechanischen Kräfte die menschliche Arbeit vielfach verdrängt und vielfach komplizierter gestaltet und das „freie Spiel der freien Kräfte“ einen Kampf auf Tod und Leben um das Abgabegbiet ge-

zeitigt hat, darf uns das bei dem von kapitalistischen Ideen beherrschten Arbeitsanwender kein Wunder nehmen. Er schiebt sich von fast allen Seiten bedrängt und seine Kundenschaft wird fortgesetzt von einer Unzahl Konkurrenten belagert, die bestrebt sind, vortheilhaftere Angebote zu machen, als er das kann. Und der ganze Zug der Entwicklung geht nun einmal in der Richtung des billigen Einkaufs. Was Wunder, wenn da im Gedankengange des Unternehmers sich die Idee durcharbeitet, daß billigere Löhne das am leichtesten zu erreichende Mittel zu billigerer Produktion seien? Auf die Preise der Rohstoffe war er häufig ohne Einfluß. Die Anwendung vollkommener Maschinen lag oft nicht in seiner Macht, jedenfalls war dieses Mittel sehr kostspielig und der Erfolg nicht immer garantiert. Eine bessere Ausnutzung des Rohmaterials war nicht möglich oder nicht rentabel, was bleibt also übrig und was ist näherliegend, als die Löhne zu kürzen auf irgend eine Art. Und es ist jedenfalls beachtenswerth, daß fast immer dieselbe Argumentation von den Unternehmern wieder angewendet wird, um den Arbeiter zu belasten. Immer und ewig derselbe Grund zur Kürzung der Löhne: Mangelnde Prosperität! Das Geschäft ist nicht gewinnbringend, ergo müssen die Arbeiter den Schaden leiden. Die Geschichte unserer Lohnkämpfe wimmelt von Unternehmerargumentationen dieser Art. Wir haben uns allerdings mit Erfolg diesen Einwendungen widersezt, die alle schädigenden Wirkungen einer verkehrten Produktion auf die Arbeiter abwälzen wollten. Und es ist leider richtig, daß durch das System der Akkordentlohnung oft unsere Erzeugnisse in Frage gestellt wurden. Denn das Arbeitgeberthum, das wohl ein sah, daß gegen unsere Geschlossenheit schwer etwas auszurichten sei, war selbstverständlich bestrebt, an die Stelle der gewerkschaftlichen Vereinbarung — des gemeinsamen Arbeitsvertrages — den individuellen Vertrag zu setzen. Und diese Möglichkeit ist nirgends größer, als beim Stücklohn. Denn es ist auch der aufmerksamsten Organisation nicht möglich, bei der tausendfachen Verschiebenartigkeit der Arbeit in unserem Gewerbe, die Stücklohnarbeit eines jeden Mitgliedes auf ihr Verhältnis zu dem abgeschlossenen Vertrage zu prüfen. Dazu kommt aber weiter, daß es genug Arbeiter giebt, die zu beschränkt sind, um ein Stück Arbeit richtig einzuschätzen, dem Sirenengefang des Arbeitsanwenders gern folgen und schon zufrieden sind, wenn nur der Meister zufrieden ist. Von diesen Arbeitern ist der Preis, der ihnen pro Stück bezahlt wird, nicht zu ermitteln, denn in blöder Verkennung der Verhältnisse sind sie bestrebt, höhere Sätze, als die ihnen gezahlten, zu nennen und so die Organisation zu betrügen. Es hört hier jede Kontrolle fast völlig auf, und was der Unternehmer im Kampfe der Arbeiterschaft gewähren mußte, das entzieht er ihr wieder im Einzelnen durch willkürliche Vereinbarungen mit dem Einzelnen, bei dem fast immer der Unternehmer der Gewinnende ist. Darum haben wir alle die Jahre, die unsere Organisation besteht, gegen den Stücklohn gekämpft, weil dieses System neben diesen anderen Schädigungen, an Stelle des gemeinsamen Vertrages, den Einzelwillen setzte, der erfahrungsgemäß alle Fortschritte hindert. Und unsere Haltung gründete sich nicht nur auf organisatorische Rücksichten, sondern vor Allem auch auf die Thatsache, daß es selbst den fähigsten Kollegen nicht immer möglich war, sich der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zu erwehren. Denn überall da, wo das Arbeitsergebnis abhängt von der Beschaffenheit des Materials oder wo infolge Veränderungen der Mode oder der Geschmacksrichtung sich fortwährend neue Muster nötig machen oder wo die technische Verbesserung der Werkzeuge eine Aenderung bedingt, wird es dem Unternehmer ein Leichtes sein, durch Verwendung von schlechtem Material, durch allerlei Vorspiegelungen das Arbeitereinkommen zu schmälern und dessen Existenz zu gefährden, ohne daß die Organisation hier jedesmal Remedur schaffen kann. Dann aber schaffen diese Vorspiegelungen eine Reihe ständiger Konflikte zwischen den Arbeitern und ihren Anwendern. Wir kennen Fabriken und Werkstätten genug, wo der Bank um das Material

und Muster garnicht aufhört. Da sind die Spinner und Weber, die fast fortgesetzt, sowohl beim Gewicht, wie auch bei der Qualität der „Stette“ und „Zuch“, betrogen werden. Da sind ferner die Formier und Eisendreher, die beim Moheisen und beim Holzguß bearbeiten überworkt werden, weil es der Unternehmer an Aufmerksamkeit und Gewissenhaftigkeit fehlen läßt. Und auch in unserem Gewerbe wird gerade beim Stücklohn das denkbar schlechteste Material, das sich nur irgend verwenden läßt, noch immer gut genug befunden, denn das Risiko trägt ja fast immer der Arbeiter und Abzüge für etwaige Fehler sind, was der Unternehmer braucht.

Es darf auch nicht vergessen werden, wie schädlich das Stücklohnsystem dem Volkwohl im Allgemeinen ist. Und hier zeigt sich gleich ein doppelter Nachtheil des Arbeiters. Denn während er selbst durch sein unsinniges Ausnutzen seiner Arbeitskraft seinen Körper schwächt und sich vorzeitig zum Invaliden macht, trägt er zugleich dazu bei, die Schundkonkurrenz, die Herstellung von Schundwaare, möglich zu machen. Wir kennen außer der Gefängnisarbeit nur das System der Akkordarbeit, das den Mißgeschick, den wir alle beklagen, erst ermöglicht. Der Berliner Bettstellenfabrikant zahlt seinen Arbeitern Stücklöhne, die geradezu ein Hohn sind. Und der Arbeiter läßt sich dadurch zwingen, wie blind und toll jede Minute Arbeitszeit auszunutzen, ohne Rücksicht auf die Güte des von ihm Erzeugten. „Wenn's nur fertig ist!“ das ist die Losung, die auf sonst nichts Rücksicht nimmt. Und der Konsument, der Käufer dieser Schundwaare, hat die Kosten dieser wilden Konkurrenz zu zahlen. Dieser Käufer aber ist häufig oder fast ausnahmslos der Arbeiter, der schon beim Transport dieser Waare nach seiner Wohnung, den Verlust einiger Möbelfüße und dergleichen zu beklagen hat. Auch hier schädigt der Arbeiter den Arbeiter und oft sich selbst durch eine, von ihm leider immer noch nicht genügend erkannte Form der Entlohnung. Und unter dieser traurigen Erscheinung leidet sowohl das taufkräftigere, wie auch das weniger bemittelte Publikum. Denn während bei Zeitlohn der Arbeiter seinem Produkt die so nötige Sorgfalt widmen kann und seinen Schönheitsstimm auf die Arbeit überträgt, um sich selbst zu genügen und sein Stück gediegen und vollendet zu gestalten, wird durch den Stücklohn das Gegenteil erreicht. Das Produkt mag äußerlich den Schein solider Herstellung bewahren, immer wird der Konsument damit betrogen werden. Wir haben in Deutschland Gesetze, die die Verfälschung von Waaren bestrafen, ein Gesetz aber, das die ungeweinlichere Verfälschung der Arbeit bestraft, haben wir leider nicht. Und es will fast scheinen, als sei diesem Ungehauer: Akkordarbeit, das auf die Volkswohlfahrt und die Gesundheit der Arbeiter durchaus schädlich wirkt, ohne Gesetz nicht bezu kommen. Wer gesehen hat, wie die Steinweilhaber, ohne Rücksicht auf die strengen Vorschriften oder auf ihre Gesundheit zu nehmen, mit unbewehrtem Munde im heftigsten Gistraub Stunden lang angestrengt arbeiten und sich dann noch nicht einmal die Zeit nehmen, ihre Hände von den giftigsten Bestandtheilen zu reinigen oder den Mund vor dem Essen zu spülen, sondern nur darauf bedacht sind, in kurzer Zeit „viel Geld“ zu verdienen, ihre Nahrung sogar während der Arbeit zu sich nehmen, mit dem sicheren Erfolg, in kurzer Zeit auf's Festigste zu erkranken und dann wieder Alles zu verlieren, was sie erobert haben, der wird sich der Ansicht nicht verschließen können, daß in diesen Betrieben die Stücklohnarbeit gefehlich verbrochen werden muß, wenn eine Besserung erzielt werden soll.

Mit zäher Konsequenz hat sich dieses in jeder Hinsicht schädliche System unter der hohen Protection der Unternehmer eingemischt. Und die Arbeiter, und darunter nicht zuletzt unsere Kollegen, haben sich unter dessen Wirkungen gegenseitig aufgerieben und wie Todfeinde bekämpft. Die wildeste, und in ihren Folgen gefährlichste Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft hat dieses System

ermöglicht und die Unsicherheit im Einkommen des Arbeiters auf ihre jetzige Höhe getrieben. Es hat scheinbar billige Waaren geliefert und dadurch die elende Schundwarenproduktion gefördert. Wie aber niedrige Arbeitslöhne keineswegs immer billiger sind, als hohe, so ist der niedrige Preis einer Waare keine Garantie für ihre Billigkeit.

Ein verständiges Streben der Gewerkschaften wird sich aber immer gegen das Unkontrollierbare des Auf- und Niedergehens der Stückentlohnung richten müssen. Wir werden die Aufgabe, einen so viel wie möglich festen Lohn für eine bestimmte Anzahl Stundenarbeit, durchzuführen und durch feststehende Regeln bei Uebernahme der Auftragsarbeit, wo sie sich noch nicht ganz vermeiden läßt, verlangen, daß immer das Fünftelviertel des Zeitlohns als Minimum gewährleistet wird. Und diese unsere Stellung ist notwendig aus Gründen organisatorischer Einsicht, die sich deckt mit den Bestrebungen der Humanität.

Der Tischlerstreik in Finsterwalde.

In der Tischlerfabrik von Curt Winkler haben am 22. Januar 19 Tischler und 2 Drechsler die Arbeit niedergelagt, weil ein Lohnantrag zur Einführung gelangen sollte, der eine Kürzung der einzelnen Auftragsätze bis über 33% pzt. enthält. Das waren die bei der betreffenden Firma bisher gezahlten Löhne durchaus nicht höher als sie in der Branche üblich sind. Seitens des Herrn Curt Winkler ist nun öffentlich behauptet worden, die ausständigen Arbeiter hätten vor dem Gewerbegericht zugegeben, daß sich nach dem neuen Tarif noch ein wöchentlicher Verdienst von M 18 bis 21 erzielen lasse. Diese Behauptung entbehrt jeder Unterlage; denn abgesehen davon, daß trotz des Antrages der Arbeiter das Gewerbegericht wegen dieser Lohnunterstützung leider noch nicht zusammengetreten ist, kann ein solches Zugeständnis seitens der Arbeiter garnicht gemacht worden sein, da nach dem alten Tarif der Durchschnittslohn bei normaler Arbeitszeit nur M 16,50 betrug, nach dem neuen Tarif würde derselbe höchstens M 13 betragen.

Damit sich Jedermann von der Nichtigkeit unserer Behauptungen überzeugen kann, lassen wir hier ein Verzeichnis der bisher gezahlten Auftragsätze und des neuen Tarifs folgen. Besonders jeder Fachmann wird daraus ersehen, daß die bisherigen Sätze schon keine hohen waren. Wir führen die hauptsächlichsten Artikel an; die in Klammern beigefügten Zahlen sind die Sätze des neuen Tarifs, die anderen Zahlen sind die bisher gezahlten Lohnsätze.

Nähstich-Korpus (mit Blatt zum Klappen)	M. 3,-	(M. 2,25)
Feiner Korpus	2,-	(1,40)
Kleinstwörterstücke, einfache	85	(65)
mit Kreuzfuge	1,40	(1,10)
Eingericht-Deckel (zwei kleine Deckel und ein Klappdeckel) zu einfachen Nähstichen, zusammengeheft und furnieren, pro Duzend	1,-	(75)
Dieselden für bessere Nähstiche (fünf Deckel, ein Klappdeckel)	1,25	(1,-)
Einsäulerböcke zu Nähstichen (Zusammenbau) pro Duzend	1,20	(75)
Zweisäulerböcke pro Duzend	3,-	(2,50)
Riffenarbeiten, gute, pro Duzend	75	(65)
einfache, pro Duzend	60	(50)

Ähnlich den hier angeführten Beispielen ist die Kürzung für fast alle Arbeiten. Bei den angeführten Preisen kommt noch in Betracht, daß infolge der äußerst mangelhaften Maschinenarbeit die rohen Artikel stets nachgearbeitet werden müssen, ehe sie weiter verarbeitet werden können, wodurch für die Arbeiter noch viel Zeitverlust eintritt.

Seitens der beteiligten Arbeiter ist selbstverständlich alles versucht worden, um den Streik zu vermeiden; es haben anfangs mehrere persönliche Verhandlungen mit Herrn Winkler stattgefunden, dann hat der Gewerbegerichtsvorsitzende, Herr Bürgermeister Müll auf Antrag der Arbeiter zu vermitteln versucht und schließlich ist auch seitens des Herrn Gewerbe-Inspektors, der sich an Ort und Stelle sehr eingehend über die Angelegenheit informiert hat, der Versuch gemacht worden, Herrn Winkler zu einem Einigkommen zu bewegen, Alles vergeblich!

Die einzige Konzeption, die Herr Winkler zu machen sich bereit fand, war, daß in Zukunft Aufträge zu 50 Stück je nach bisher 24 Stück ausgegeben werden sollen, es ist dies ein so geringer Vortritt, daß er die Sätze allerhöchstens um ein Prozent beeinflusst.

Den Arbeitern blieb sonach nicht anderes übrig, als den Kampf, den sie sicherlich nicht gewollt, aufzunehmen. Eine so große Kürzung ihres Einkommens konnten sie nicht ruhig über sich ergehen lassen, das wird jeder objektiv Urteilende zugeben müssen. Die Arbeiter mußten sich ihrer Haut wehren. Kaum verständlich ist in Anbetracht des doch heftig zu Gunsten der Arbeiter sprechenden Sachverhaltes die Stellungnahme der übrigen hiesigen Holzindustriellen; dieselben haben sich verhalten, keinen ausständigen Arbeiter einzustellen. In dieser doch durch nichts zu rechtfertigenden Stellungnahme liegt die eminent Gefahr zu weiteren Entwicklungen in der Branche, oder sollen es die Arbeiter ruhig mit ansehen, daß ihre Kollegen — meist Familienväter — auf die Landstraße geworfen werden, nur weil sie eine ganz billige Lohnunterstützung nicht ruhig über sich ergehen lassen?

Die deutschen Kollegen werden dringend ersucht, den Jungfern zu helfen, dadurch dürfte es möglich sein, den Herrn Winkler zu einer Einigung bezw. Zurückziehung der Lohnsätze zu bewegen.

Die Firma Jos. Keller Wwe. in Münster

hat, die schon längerfristig für ihre Arbeiter eine Fabrikordnung erlassen, die den Wünschen der Arbeiter herausgefordert hat. Am 2. Januar sollte dieselbe den Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt werden. Im Schlussparagrafen heißt, daß den großhiesigen Arbeitern Gelegenheit gegeben worden ist, sich an der Arbeitsordnung zu äußern; dies ist jedoch nicht in geschickter Weise geschehen.

Somit besonders sind es die §§ 5 und 6 der Arbeitsordnung, welche beanstanden werden. Es heißt da, daß, wenn dringende

Arbeiten nötig werden, die Arbeitszeit verlängert und an Sonn- und Feiertagen in gleichmäßig zulässigen Fällen gearbeitet werden muß. Bei Arbeitsmangel kann die Arbeitszeit verkürzt oder die Arbeit eingestellt werden; der Lohn wird dann nach den gearbeiteten Stunden ausbezahlt. Darnach der Arbeitsmangel länger als zwei Tage, kann das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung gelöst werden.

In diesen Bestimmungen hat die Firma keine Änderungen eintreten lassen wollen. Die Arbeiter wünschten eine Festsetzung der Mehrbezahlung für eventuelle Ueberstunden und eventuellen Fortfall der Kündigung, wenn dieselbe nicht in jedem Falle bestehen bleiben könne. Am 3. Januar ordnete der Geschäftsführer die Abgabe der Unterschriften an. Der Werkführer erklärte, daß Keiner sie geben wolle, woraufhin am 4. Januar (am Lohnstag) der Geschäftsführer selbst zugegen war. Der älteste Arbeiter war der erste, welcher unterschrieb. Allgemeine Entrüstung über den Freigang! Die nachfolgenden älteren Kollegen unterschrieben nicht und wurden gefündigt. Einer ging sofort, drei Verheirathete und zwei Ledige wurden vorher abgeschoben. Die Kündigung hat der Geschäftsführer wegen der schlechten Geschäftslage nicht zurückgenommen. Die Arbeitsordnung war ihm also ein willkommener Anlaß zur Verminderung der Arbeiterzahl; 15 von 48 sind nur geblieben. Würden die Kollegen sich Alle einig gewesen sein, wäre es anders gekommen. Ein Theil hat sich dem christlichen Verbandsangehörigen oder ist indifferent geblieben. Die Wiedereinstellung der Entlassenen zu fordern, war unter diesen Umständen nicht möglich, denn die Kollegen, die vorher am meisten geschrien haben, waren froh, daß sie so billig davon kamen; jetzt sind sie, darunter fünf Christliche, hoch heraus, da unsere Verbandskollegen voran gingen. Wir werden ja sehen, ob die Christlichen zu gegebener Zeit, wenn die Geschäftskonjunktur günstiger wird, auf dem Posten sein werden. Alle gefündigten Kollegen sind bis auf einen, der als Aufwiegeler galt und Verbandsmitglied ist, anderweitig untergebracht. Der Werkführer spielt in dem Geschäft gegenüber den Arbeitern eine wenig Vertrauen erweckende Rolle. Leute, die ihrer Meinung über vorhandene Mißstände und sonst an den Arbeitern verübten Ungerechtigkeiten freien Ausdruck geben, kann er nicht leiden und da die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes meist zu diesen zählen, will er sie hinaus haben. Speichelleckerei betreibt er gerne, weil es die Firma gerne hat. Ob er sein Ziel erreicht, ist fraglich, vielleicht steigt er noch eher, als der letzte Verbandskollege.

Der Geschäftsführer versteht es gleichfalls nicht, mit Arbeitern freundlich zu verkehren, d. h. sie vernünftig zu behandeln. Mehreren Kollegen, die ihre gefunden Finger an den „Kaffeemühlen“ genannten Maschinen einbüßten, wurde so viel zugelegt, daß sie vorzogen, sich anderweitig Arbeit zu suchen. Zeigt ihm wirklich mal ein Arbeiter die Zähne, d. h. protestiert er gegen eine unwürdige Behandlung seitens des Geschäftsführers, dann droht er, sie hinauszuwerfen: „Halten Sie's Maul, oder Sie sollen mal sehen, was ich mit Ihnen mache“. Das ist so seine allgemeine Umgangssprache mit den Arbeitern. Wer gewöhnt ist, als Mensch und anständig behandelt zu werden, der wird sich natürlich von der Firma Jos. Keller Wwe. um einige Meter entfernt halten. Die Lokalverwaltung hat übrigens die Sperre über das Geschäft verhängt, und ist es daher Pflicht, das Geschäft zu meiden. Das ist auch ein Bedürfnis, weil die Firma einen zehnprozentigen Lohnabsatz mit dem großen Arbeitsangebot der Kollegen motiviert hat. Wir ermahnen daher die reisenden Kollegen, von Münster fernzubleiben, um den dortigen Kollegen den Kampf nicht zu erschweren und deren Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht noch mehr zu verschlechtern. Lokale stehen unseren Verbandsmitgliedern nicht zur Verfügung, in denen sie ihre Wünsche äußern, ihre Klagen anbringen, ihre Proteste erheben können. Sie sind auf die Mithilfe ihres Verbandsorgans angewiesen, was als Entschädigung für Inanspruchnahme eines größeren Raumes gelten mag. Kollegen Münsters! Ermannet Euch, lernt denken und begreifen, daß Ihr für schwere Arbeit bei langer Arbeitszeit doch mindestens so viel verdienen müßt, um für Eure Familien das Nothdürftigste zu kaufen. Ihr erfahrt es jeden Tag, daß nur Einigkeit stark macht, der Einzelne aber dem Unternehmener machtlos gegenüber steht. Soll es in Münster besser werden, wollt Ihr einen größeren Einfluß auf Eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausüben, dann müßt Ihr zusammen stehen, treu und fest wie eine Mauer. Einig müßt Ihr sein und unerschrocken, dann wird es Euch auch möglich sein, Eure Arbeitgeber für Eure berechtigten Ansprüche zu gewinnen und im Weigerungsfalle zu deren Anerkennung zu zwingen. Keine Wackelhaftigkeit, sondern mannhaftes Auftreten ist — geführt auf die hinter Euch stehende Organisation — notwendig, um vorwärts zu kommen. Wenn es Euch gelingt, durch rasche mündliche Agitation, wo immer es sei, alle Kollegen in Münster zu organisieren, dann wird man Euch auch ein Lokal zur Verfügung stellen, eventuell wird für Verfassung eines solchen von anderer Seite Sorge getragen werden. Aber zeigt zunächst, daß Ihr vorwärts wollt, daß es Euch daran liegt, mit der unverantwortlichen Schlafmüdigkeit und der vorhandenen Aneignung aufzuräumen. Dann erst wird es in Euren dunklen Mauern Licht werden und man wird nicht umhin können, wenn Ihr es ernstlich wollt und verlangt, Euch im wirtschaftlichen Kampfe hilfreich zur Seite zu stellen. Darum Muth, Kollegen, habt Zubericht und Vertrauen zu Euch selber, und es wird besser werden.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Ein recht sanderbarer Vorschlag zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird in Nr. 4 von dem Kollegen Krosche gemacht. Darnach sollen drei, welche einen Wochenverdienst von unter M 15 haben, von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen werden. Also die Kollegen, welche unter dem Druck einer eventuellen Arbeitslosigkeit am meisten zu leiden haben, da dieselben doch während der Zeit, wo sie in Arbeit standen, sicher keine Ersparnisse machen konnten, sollen der Unterstützung nicht theilhaftig werden. Kollege Krosche hätte nicht allzu sehr an das Solidaritätsgefühl der Kollegen appellieren sollen, um nachher selber einen Vorschlag zu machen, der aller Solidarität schon einen Bruch wäre doch richtiger, wenn man selber einreicht, daß ein großer Theil der Mitglieder den nöthigen Beitrag nicht zahlen kann, lieber auf die Arbeitslosenunterstützung zu

verzichten, als daß man die weniger Leistungsfähigen zu Mitgliedern zweiter Klasse degradirt.

Auf der Goutkonferenz in Hamburg ist die Frage über die Höhe des erforderlichen Beitrages eifrig diskutiert worden, und sind dort die Berechnungen des Kollegen Umbreit arg zerstückt worden, so daß ich glaube, daß ihm selbst Zweifel an der Richtigkeit seiner Zahlen aufgestiegen sind. Nach Ansicht der meisten Redner ist ein Beitrag von 40 % erforderlich, dem Kollegen Krosche war auch dieser Beitrag noch zu niedrig.

Jetzt möchte ich einmal die Frage aufwerfen, sind denn alle im Holzarbeiterverband vereinigten Berufe in der Lage, einen derartig hohen Beitrag zu leisten?

Ganz besonders möchte ich diese Frage dem Kollegen Krosche vorlegen, der doch die Lohnverhältnisse der verschiedenen Berufe genau kennt und trotzdem für den Höchstbeitrag plaidirt. Meiner Ansicht nach sind mindestens 10 pzt. unserer Mitglieder nicht in der Lage, einen Beitrag von 40-50 % zahlen zu können. (Sollen denn 90 pzt. der Mitglieder so lange die Hände in die Hosentaschen stecken und warten, bis die 10 pzt. einen Beitrag von 40 % zahlen können? Ließ noch einmal den Artikel „Ein Fingerzeig“ in voriger Nummer und Du wirst begreifen, weshalb ich für einen höheren als den für die Arbeitslosenunterstützung notwendigen Beitrag bin. Im Uebrigen ist es doch durchaus konsequent, daß, wenn die Kollegen in kleinen Orten absolut einen höheren Beitrag nicht zahlen können, sie die Kollegen in den Großstädten wenigstens nicht hindern wollen, für ihre Arbeitslosen einzutreten. (Siehe die Ausführungen von Wilde und Rönneburg.) Es ist eben sehr schwer, Kollege W., es Allen recht zu machen. A. Krosche.) Schon dieser einzige Grund müßte die Bessergestellten veranlassen, gegen die Einführung zu stimmen, um nicht ihren schwächeren Kollegen jeden Weg zur Verbesserung ihrer Lebenslage zu verstopfen. Darum fort mit diesem Projekt, suchen wir die Tausende uns noch fernstehenden durch eifrige Agitation zu uns heranzuziehen. Dadurch würde uns Allen weit mehr genügt, als durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

S. Waschauer, Korbmacher, Bergedorf.

Nach meinem Dafürhalten ist es Aufgabe der Gewerkschaft, Maßnahmen zu treffen, durch welche die Arbeitslosigkeit vermindert wird. Als eine derselben nenne ich die Verkürzung der Arbeitszeit. Es wird dann den Gewerkschaften auch gelingen, die Löhne zu erhöhen. Die A.-U. ist ein Mittel, um die Klassengegenätze zu verkleinern, sagte doch der Vertreter der Regierung über den Arbeitslosenversicherungsantrag im Reichstage: Man könne die A.-U. ruhig den Arbeiterorganisationen selbst überlassen. Klingt das nicht wie ein Spott auf die dummen Arbeiter? Der Staat, welcher einen großen Theil der Schuld an der Arbeitslosigkeit trägt, hält sich nicht für verpflichtet, helfend einzugreifen, mit der Ausrede: „Die Arbeiter helfen sich ja selbst.“ Ich bin für Erhöhung der Beiträge, nicht um 5 sondern um 10 %, aber nicht zwecks Einführung der A.-U., sondern um die Agitation reger zu betreiben, und um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen zu können. Der Beitrag, wie ihn die Redaktion vorschlägt, ist zu hoch, jede Agitation auf dem Lande wäre unmöglich. Zu ertragen wäre allenfalls noch, ob die A.-U. nicht fakultativ eingeführt werden könnte; es würde sich dann ja zeigen, wie viele Kollegen sich gegen Arbeitslosigkeit versichern wollen. Ist es die große Mehrheit, ließe sich noch immer über die obligatorische Einführung reden. Kollegen, tretet ein für eine mäßige Erhöhung der Beiträge, lehnt aber die Arbeitslosenunterstützung einmüthig ab.

Karl Mypich, Bonn a. Rh.

Von mehreren der bis jetzt zu Worte gekommenen Gegnern der A.-U. ist behauptet worden, daß mit Einführung derselben unsere Organisation den Kampfescharakter verlieren würde, oder, daß durch eine dementsprechende Beitragserhöhung ein großer Theil der Kollegen der Organisation untreu würde. Das Erstere bestreite ich entschieden, es ist unsere vornehmste Aufgabe, daß wir das, was wir uns in den guten Jahren erkämpft, unter allen Umständen in den unglücklichen Jahren zu halten versuchen. Das ist uns aber bisher nur selten möglich gewesen, ein uns in dieser schmerzlichen Zeit aufgedrängener Streik (Berlin) würde die größten Opfer erfordern, und dabei wäre von Anrang an die Aussicht auf Erfolg sehr gering. Schuld daran ist die Arbeitslosigkeit. Gätten wir jetzt eine den Verhältnissen entsprechende A.-U., so würden die Berliner gewiß ein anderes Wortchen mit den Herren Großindustriellen reden. Wenn jetzt aber Kollegen, welche schon Monate lang arbeitslos sind, sich zu Streikbrecherdiensten hergeben würden, wird Keiner von uns dieselben als Verräther der Arbeiterklasse betrachten können, denn sie sind durch die Noth der Verhältnisse dazu getrieben; dieser ewige Grund befreit meines Erachtens schon, daß Kampfescharakter und Arbeitslosenunterstützung nicht zwei entgegengesetzte Dinge sind, sondern daß sie zusammen harmonieren.

Die Thatsache, daß im zweiten und dritten Quartal 1901 über 15 000 Neuaufnahmen partgefunden haben und dabei die Mitgliederzahl zurückgegangen ist, sollte den Kollegen zum Denken Anlaß geben. Eine Gewerkschaft, die ihren Mitgliedern besondere Unterstützung gewährt, hat mit solchen Verhältnissen nicht zu rechnen. Diese vielen Neuaufnahmen finden aber in jedem Quartal statt, meiner Ansicht nach ein gutes Zeugniß für die Agitation in unserem Verbands. Ich glaube, Kühn behaupten zu dürfen, daß es in Deutschland keine 10 pzt. Holzarbeiter (über 20 Jahre alt) mehr giebt, die nicht schon als Mitglied unserem Verbands angehört haben. Also Kollegen, machen wir uns nicht selber Dummköpfe vor und glauben wir, daß bei einer Erhöhung der Beiträge zwecks besserer Agitation sich unsere Mitgliederzahl hebt. Sind andere Gewerkschaften unter dem Zeichen des Unterstützungsweizens groß geworden, warum sollen wir das nicht werden, zumal uns die Neuaufnahmen in jedem Quartal ein glänzendes Zeugniß über die Fähigkeit unserer Agitation ausstellen, und daß wir nicht in das Fahrwasser der Girsch-Dunder und dergleichen gerathen, dafür sind wir auf dem besten Wege.

Recht sanderbar muß es Einen berühren, wenn Kollegen verlangen, daß die Arbeitslosenversicherung von der Regierung in die Hand genommen werden soll. Daß dieses Verlangen berechtigt ist, wird Niemand von uns bezweifeln;

doch von einer Regierung, die für uns Proletariat nur eine Zuchttaubvorlage übrig hatte und deren Organe bei Streiks häufig zu Gunsten der Unternehmer eingegriffen haben, können wir nichts Gutes erwarten. Denken wir uns mal einen Streik unter solchen Verhältnissen; würden die Arbeitslosen nicht gezwungen werden, Streikbrecherdienste zu verrichten?

Unter all diesen Umständen aber thut uns die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung bitter nötig, und wenn es ernstlich um die Interessen seiner Gewerkschaft zu thun ist, der hat hier keine Zeit mehr zu verlieren.

Im Uebrigen schreibe ich mich betriebs Höhe der Arbeitslosenunterstützung und Beitragserhöhung der Gruppierung des Kollegen Krohje-Berlin an. **Höneburg, Weimar.**

In unserer „Holzarbeiter-Zeitung“ ist die Arbeitslosenunterstützung nun längst obligatorisch eingeführt, es fehlt nur noch, daß der Verband selbst die Nothwendigkeit derselben anerkennt, indem die Mitglieder ihre Einführung definitiv beschließen. Da erleben wir nun das Schauspiel, daß die Mitglieder diese Unterstützungseinrichtung, bis auf Einige, zwar alle haben wollen, doch die Hauptursache, woran sie sich daran stoßen, ist: mehr bezahlen. Diese Erscheinung ist indessen nicht allein in den Berufsverbänden anzutreffen, wir finden sie überall und auf jedem Gebiet des öffentlichen und privaten Lebens. Dabei scheint es, als wenn nach dieser Richtung bei dieser Debatte in unserem Verbands sehr gerührt worden ist und der Lärm vor der Angst höherer Beiträge entschieden zu groß gemacht worden ist. Sollen wir der nothwendig höheren Beiträge wegen noch einmal zwei Jahre verathen, wie in letzter Nummer vorge schlagen wurde, oder soll die Entscheidung jetzt fallen?

Es wird also abzuwarten sein, welche Gründe die Vertreter einer weiteren Hinauszögerung erbringen werden, doch spielen hier keine Umstände mit, auf die man vielleicht wartet, daß sie sich ändern, auch kein Warten auf Zunahme in der Mitgliederzahl kann hier von Interesse sein, sondern wir müssen eben suchen, die Angelegenheit nun endlich einmal endgültig zu erledigen. Ein weiteres Vertagen macht bloß einen schlechten Eindruck, Beitragserhöhungen haben übrigens schon eine viel schnellere Erledigung gefunden, wo die Wichtigkeit der Sache jedenfalls keine größere Nothwendigkeit besaß, im Gegenteil kann man behaupten: hier lassen wir einmal lange auf uns warten.

Nun stehen wir wieder vor Ostern, wo eine große Anzahl junge Arbeiter in die Industriellen eingeführt werden; der Vater, welcher Mitglied des Verbandes und vielleicht gerade arbeitslos ist, hat, obgleich er Jahre lang Beiträge zahlte, keine Aussicht auf Hilfe. Die Kinder verspüren die Folgen der Arbeitslosigkeit recht bitter und hören nicht selten, wie der Vater darob zürnt, daß seine Organisation ihn in solchem Zustande nicht unterstützen kann, wohingegen er sich der ledigen Kollegen, die auf Reisen gehen, laut Statut annehmen muß. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das dem Vater vermeintlich zugefügte Unrecht seitens seiner Organisation von den Kindern so übel vermerkt wird, sie sich ein Vorurtheil bilden, daß sie, falls sie groß sind und auch einmal in die Welt hinausgehen, solchem Verbands nicht angehören wollen; würde aber sich die Organisation auch der Eltern annehmen, welche einen außerordentlich guten Eindruck würde eine solche Anteilnahme an dem üblen Geschick der Eltern auf das Kind machen, wenn namentlich die Eltern im günstigsten Sinne von der Zweckmäßigkeit der Organisation — die in allen Lebensfällen des Lebens seinen Mitgliedern hilfsbereit zur Seite steht — sprechen und sie besonders darauf aufmerksam machen, daß sie später gleichfalls organisiert sein müßten.

Wir müssen die verheirateten Kollegen an den Verband zu fesseln suchen, d. h. ihnen helfend entgegen kommen, damit sie keine Ursache haben, leichtem Herzens ihre Mitgliedschaft aufzugeben. Ich glaube, es sehen Alle ein, daß dem Mangel abgeholfen werden muß, je eher, je besser. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung verfrüht sei, auch im ganzen Leben nicht auf den, daß der Staat eingreifen müsse, der davon, daß sollte doch nun allen Kollegen gründlich klar sein, ja garrichtig wissen will, sondern ich bin für Lösung der Frage innerhalb unseres Verbandes und erjuche die Mitglieder, sich der Nothwendigkeit der Einführung nicht zu verschließen, sobald der Vorstand uns zur Entscheidung aufruft.

Drano Kühn, Schmolln.

Wenn man jetzt die Berichte unter dieser Rubrik liest, kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung in der Mehrzahl (wenigstens unter den Einsendern) sind, was jedoch jeden Gegner herausfordern sollte, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Es ist geradezu rührend ob des Mitleids, das die Anhänger für die armen Arbeitslosen haben; ich glaube, an manchem der Einsender ist ein Passer verloren gegangen. Gewiß sind die Arbeitslosen bemitleidenswerth, aber Kollegen, sind es denn solche Kollegen, welche Jahre lang krank sind und sich in noch viel größerer Noth befinden, nicht bedeutend mehr? Und diese sind vom vorigen Verbandstage glatt abgewiesen worden.

Was nun für und gegen die Arbeitslosenunterstützung vorgebracht wird, ist nichts Neues. Der Hauptgrund der Gegner muß der Kostenpunkt sein, und der muß auch von den Anhängern in Betracht gezogen werden. Kollegen, wer die Stirn hat, zu behaupten, der nötige Betrag kann von jedem Kollegen bezahlt werden, dem möchten wir raten, einmal seine Arbeitsstätte zu verlassen und seine Arbeitskraft in einer Kleinstadt oder einem Dorfe Thüringens, des Erzgebirges oder Silesiens zu verkaufen (d. h. wenn es ihm jetzt möglich ist und er wird eines Anderen belehrt werden. Ueberhaupt, Ihr Kämpfer für die Arbeitslosenunterstützung, was wollt Ihr denn noch? Der letzte Verbandstag hat Ihnen ja ein Mittel in die Hand gegeben, indem jede Zahlstelle einen Lokalbeitrag erheben kann. Erheben Sie doch da die Woche 10 \mathcal{M} und unterstützen Sie Ihre Arbeitslosen, warum wollen Sie die Allgemeinheit bluten lassen? Es würde sich da sehr bald die Unhaltbarkeit der Rechnerei des Kollegen Umbreit herausstellen, trotzdem sich derselbe fast den Kopf zerbrochen hat, um zu beweisen, daß mit 10 \mathcal{M} Mehrbeitrag auszukommen ist. Ganz falsch ist es doch, wenn man heute bis 1908 rechnen will. Wollen wir 1908 noch mit 70 000 Mitgliedern da stehen? Das dürfen wir unmöglich wollen, und wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird, wer

bürgt uns dann dafür, daß nicht eine große Anzahl beiträgt welche die Einrichtung ausnutzt? Denn das ist doch klar, wenn heute Einer nicht beiträgt, weil wir keine Arbeitslosenunterstützung haben, der rechnet dann doch schon mit Arbeitslosigkeit. Ein Unrecht wäre es dann noch, wenn jeder noch ein Jahr Karenzzeit durchmachen müßte. Nehme man an, ein Kollege ist 5-10 Jahre Mitglied, ohne einen Pfennig Unterstützung aus dem Verbands bezogen zu haben und er wird während des ersten Jahres (also des eventuellen Karenzjahres) arbeitslos, da müßte es heißen: „Ja, Du bist noch kein Jahr dabei, Du kannst nichts kriegen“. Na, dann schon. Uebel Ueberhaupt ist es zu verwundern, daß noch keiner, der den famosen Beschluß des letzten Verbandstages (siehe Biegnitzer Protest) mit gefaßt hat, aufgetreten ist, und hat gesagt: „Ja, die Kleinstädter leben billiger, die brauchen bloß 8 \mathcal{M} Arbeitslosenunterstützung, aber wir in der theuren Großstadt müssen mindestens 9 \mathcal{M} haben, bezahlen können die natürlich eben jodel.“

Wenn Sie etwas thun wollen, so sorgen Sie dafür, daß die Kollegen in jedem Orte so viel verdienen, daß jeder deutsche Holzarbeiter, ohne sich den Beitrag vom Munde abzudarben, einen Beitrag von wenigstens 50 \mathcal{M} zahlen kann. Dann führen Sie die Arbeitslosenunterstützung ein, zahlen Unterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an und mindestens 10 die Woche, dann, aber erst dann werden auch wir dafür zu haben sein.

Sie in den Großstädten haben dadurch, wenn die Löhne in den Kleinstädten aufgebessert werden, auch einen Nutzen, denn wenn sich der Arbeiter verbessern will, zieht er aus dem Dorfe in die Stadt und von der Kleinstadt in die Großstadt und macht Ihnen Konkurrenz, weil er arbeiten kann. Hier muß der Hebel angefaßt werden, daß muß die wichtigste Aufgabe des Verbandstages sein, nicht jetzt während der Krise die Beiträge erhöhen zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung.

Worik Pister, Eisenberg S.M.

In der Debatte über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung theiligen sich wenig die Kollegen in den kleinen Zahlstellen, und doch hätten sie am ehesten Ursache, sich darüber klar zu werden, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Erhöhung der Beiträge zur Voraussetzung hat. Wir müssen uns fragen: Können wir höhere Beiträge zahlen und was haben wir für einen Nutzen davon? Nach meiner Auffassung keinen, vielmehr dürften die kleinen Zahlstellen recht bald von der Bildfläche verschwinden. Die Schwärmer der Arbeitslosenunterstützung möchte ich einmal auffordern, in unsere Zahlstellen zu kommen und für den Verband zu agitieren, es würde ihnen bald die Lust vergehen. Ist es jetzt schon schwer, wie sollte es dann erst werden, wenn wir 40 bis 50 \mathcal{M} zahlen sollten und noch dazu bei den jetzigen Zeiten, wo weder Arbeit noch Verdienst ist. Dann müssen doch die Kollegen in den Großstädten damit rechnen, daß wir ihnen die Kollegen heranbilden und sie meistens organisierte Kollegen als Bezug erhalten. Gehen unsere Zahlstellen auf Kosten der Arbeitslosenunterstützung ein, so haben sie noch den Nachtheil, daß nur unorganisierte Kollegen in ihre Mauern ziehen und im Falle eines Streiks mit mehr Streikbrechern zu rechnen hätten. Also auch in diesem Falle wäre die Einführung der Arbeitslosenunterstützung verfehlt. Besser wäre es, die Kollegen in der Großstadt ließen bei Eintritt besseren Geschäftsganges den Kollegen in den kleinen Zahlstellen mehr Vorrecht, damit sie ihre traurigen Verhältnisse verbessern. Haben wir bessere Löhne und kurze Arbeitszeit, wird der Zudrang nach den Großstädten nachlassen und die Arbeitslosigkeit wird sich verringern, besonders in den guten Zeiten, wo man immer Arbeitslose in den Großstädten findet.

Aber was kümmern sich die Kollegen in der Großstadt um die kleinen Zahlstellen; ist die Geschäftskonjunktur günstig, so schlagen sie los, und wir, die wir ja sowieso schon immer kümmerlich behandelt werden, kommen erst dann, wenn die Kasse leer und der Geschäftsgang schon wieder im Rückgang sich befindet und wir stehen wieder auf dem alten Fleck. Zum Zahlen und Kollegen heranbilden sind wir ja gut. Wir würden viel schärfer vorgehen, wenn wir im Falle einer Maßregelung besser unterstützt würden; nicht allein, daß wir die Arbeit verlieren — wo wir doch selten wieder am Orte welche erhalten —, nein, auch noch am Hungertuche müßte so ein gemäßigter Kollege nagen! Hier wäre bessere Unterstützung angebracht. Hätten wir die Arbeitslosenunterstützung, würde dann ein solcher Kollege als Arbeitsloser betrachtet und bekäme seine 6 und nach Ablauf der Frist könnte er ja sehen, wie er durchkommt. Also sorgen wir erst dafür, daß sich unsere Zahl vergrößert und das können wir nur dadurch erreichen, daß wir die Kollegen, die sie für den Verband aufopfern, auch entsprechend unterstützen und ihnen nicht den Vorwurf machen, daß sie hätten vorsichtiger sein können.

Ein solcher Vorwurf ist in kleinen Orten nicht angebracht. Jeder für die Organisation eifrig thätige Kollege ist ja dabei annt, und trotzdem ist es nothwendig, daß sie schärfer vorgehen, um die Zahl der Mitglieder zu mehren und einen tüchtigen Stamm heranzubilden, es würde dann auch leichter sein, die Indifferenten für uns zu gewinnen und eine Eingkeit zu erzielen. Wird aber der Beitrag erhöht, wird uns diese Möglichkeit noch mehr erschwert; und nicht nur das; das mühsam nach Jahre langem Ringen Erreichte wird mit einem Male verloren gehen. Wenn von einzelnen Befürwortern gesagt wird, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird die Lohnrückerei verhindern, so glaube ich daran nicht. Niemand wird für 16 Unterstützung einen Arbeitsverdienst von 12 bis 15 fahren lassen. Wollten unsere Mitglieder es auch wirklich vermeiden, thun es die Indifferenten. Im Uebrigen bin ich der Meinung, daß der Staat die Arbeitslosenfürsorge übernehmen müßte. Die Kollegen der kleinen Zahlstellen müssen in ihrem eigenen Interesse die Arbeitslosenunterstützung ablehnen. Wollen die Kollegen in den Großstädten dieselbe, mögen sie die Beiträge selbst aufbringen, ebenso wie sie die Lokalbeiträge für höhere Streikunterstützung aufbringen. Kollegen, laßt uns nicht die Esel sein, auf welche die Schläge niederfallen. Unsere Zahlstellen gehen zu Grunde und wir verlieren unsere Rechte.

H. Wilder, Schweidnitz.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit einem Mehrbeitrag von 10 \mathcal{M} ist unmöglich; ein Beitrag aber, wie er zu einer halbwegs ausreichenden Unterstützung

nothig wäre, kann nicht aufgebracht werden, da wir mit Mitgliedern zu rechnen haben, die wahre Hungerlöhne verdienen. Viele von diesen werden uns den Rücken kehren. Der Verband kann aber auch nicht allein mit den Besjersgestellten Lohnkämpfe führen, er muß auch die Schlechtestgestellten dazu haben, wenn sie aber außer Stande sind, hohe Beiträge zu zahlen, bleiben sie fern und sind dann meistens diejenigen, welche ihren Kollegen in den Rücken fallen. Sollte die Erhöhung der Beiträge auch ohne Einführung der Arbeitslosenunterstützung nötig sein, bin ich dafür, denn die Agitation ist dringender nothwendig als die Arbeitslosenunterstützung. Haben wir den größten Theil der Kollegen gewonnen und gelang es uns, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, dann werde auch in der Arbeitslosenunterstützung zustimmen.

Sch. Lehmann, Suedberg.

Wenn ich auch kein prinzipieller Gegner der Arbeitslosenunterstützung bin, so halte ich deren Einführung doch für verfrüht. Das Wichtigste hat wohl der Kollege Lindner-Görlich in Nr. 4 getroffen, wenn er anführt, daß die Kollegen, welche geringen Verdienst haben, mit den hohen Beiträgen vom Verbands abgeschreckt werden, während doch hauptsächlich die Kollegen in den kleinen Orten dem Verbands zugesöhnt werden sollen. Ein anderer Kollege meinte, es sei ein Vortheil, wenn nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Kollegen der Großstädte nicht mehr so viel nach den Kleinstädten drängten. Dieser Kollege hat jedenfalls noch nicht in einem kleinen Orte gearbeitet, sonst würde er die Erfahrung gemacht haben, daß es durchaus nötig ist, wenn aufgestärkte Kollegen aus Großstädten in kleinen Orten Arbeit nehmen, um agitatorisch wirken zu können.

Sollte wider Erwarten die Einführung bei der Arbeitslosenunterstützung angenommen werden, so wäre es wünschenswerth, auf dem Verbandstage dem Vorschlag des Kollegen Krohje-Berlin näher zu treten. **Aug. Pohl, Börbig.**

Nach meinem Dafürhalten ist die Frage der Arbeitslosenunterstützung noch nicht spruchreif; ganz besonders sollte man erwägen, ob es nicht gar ein Fehler ist, in der Krise die Durchführung des Projektes zu fordern, der Beitrag, welcher geordert und auch nothwendig sein dürfte, ist zu hoch. Kollege Leipart ist sich, wenn er sagte: „Die Kollegen können und werden allesamt zahlen, wenn wir ihnen nur sagen, die Beitragserhöhung ist nothwendig.“ (S. Protokoll Nürnberg S. 107.) Kollege Leipart sollte einmal mit denen Rücksprache nehmen, die fortwährend in der Werksstättenagitation thätig sind, ferner diejenigen Mitglieder, die in Versammlungen nicht ihre Meinung ausdrücken können und meistens noch im Schlepptau gehalten werden. Da wird er finden, daß sogar der „Stamm“ raisonnirt über die vielen Beiträge, z. B. Beiträge für Gewerkschaft, Sammelkassen, Partei, Turn- und Gesangsverein, Kartell, Wahlen, Literatur usw., und daß der Weg zur Organisation für Indifferenten durch die Beitragschraube nicht geebnet wird. Man soll nicht neben der Beitragserhöhung mit der Zunahme der Mitgliederzahl prunken, denn das Wachsen des Verbandes auf 70 000 Mitglieder war ein: „langsame und mühsame“ Arbeit. Wie man er Kollege geht für die Organisation verloren, der in Betrieben z. B. in denen Theilarbeit eingeführt ist und wo Arbeiter auf besondere Artikel angeleitet werden. Diese Angeleiteten, die wir den Berufs Kollegen wettstreiten, müssen es um ihre Existenz; sie genießen nicht die volle Achtung, sie sind bei Lohnbewegungen sogar sehr hinderlich, weil sie wo anders kein Unterkommen finden, sobald sie die Arbeit niederlegen. Diese Leute, die meistens noch unter schlechteren Bedingungen arbeiten als der Berufs Kollege, dessen Gedanken sind: „Was gehen mich die Anderen an“, sobald man sie zum Beitritt zur Organisation auffordert oder ihnen eine Sammelkasse vorlegt. Trotz aller guten Mahnungen über die Wichtigkeit der Organisation verhalten sich diese Leute fremd und haßt Freude und Eingkeit zu erstreben, sind Zwietsacht, Neid und Denunziation tägliche Erscheinungen.

Es nun die augenblickliche Krise der geeignete Zeitpunkt zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist bestritten, ebenso für die beschlossene Urabstimmung, da die Krise für die Abstimmung und Abstimmungen sehr von Einfluß ist, daran brauche ich nicht zu zweifeln. Die Vetheiligung wird auch keine gesammte, sondern nur eine theilweise sein, und das Ergebnis ein unvollkommenes. Ein genaues und sicheres Ergebnis könnten wir nur erwarten, wenn die Mitglieder nach einem bestimmten Regulativ ihre Ueberzeugung bei der Abstimmung geben könnten und das wäre z. B.: die Arbeitslosenunterstützung müßte mindestens die Minimalhöhe der ortsüblichen Krankenversicherung betragen; ferner wollen wir die in Noth gerathenen Kollegen rumpffähig erhalten, so müßten in den Provinzialstädten (kleine Orte) zum Mindesten wöchentlich 15 und in den Großstädten 18 gezahlt werden und zwar vom ersten Tage an, sobald die Arbeitslosigkeit länger als eine Woche dauert; das wäre eine Unterstützung, die nicht bloß den Namen verdient, sondern auch den Wünschen der Mitglieder entspricht. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß Kollegen bei Streiks gegen den niedrigen Unterstützungsbeitrag protestirt haben, sie wollten einigermassen nach ihrem Arbeitsverdienst entschädigt werden und dieses werden wir bei der Arbeitslosenunterstützung auch erleben müssen. Eine Berechnung hierüber will ich später aufstellen. Zum Schluß will ich bemerken, daß, wenn wir für unsere Mitglieder etwas schaffen wollen, müssen wir so lange arbeiten, bis wir den in der Verursachung angeführten letzten Mann organisiert haben (Natürlich! D. Ned.), damit wir gemeinschaftlich mitwirken können an der Eroberung der politischen Macht, an der Sozialisirung der Gesellschaft und dann wird auch der Zeitpunkt kommen, wo die Unterstützungsfrage überhaupt ein überwundener Standpunkt ist. Für die heutigen Verhältnisse muß ich jede Mehrbelastung der Mitglieder ablehnen; denn dafür einzutreten, wäre der Standpunkt von Enthousiasm, nicht aber von Realisten.

Carl Wacker, Dielefeld-Gellershagen.

Die Gegner der Arbeitslosenunterstützung vertreten zum größten Theile die Ansicht, man solle dem Staate, dem Vertreter des Kapitalismus, dem Befürworter dieser Produktionsänder, d. h. Arbeitslosen als furchtbares Anlagemittel unserer heutigen Produktionsform zusehneuern. Selbstverständlich ist hierbei gemeint ohne politische Ent-

rechting dieser Unterstützungsbedürftigen. Diese Ansicht wird von sehr vielen vertreten. Sie bedenken hierbei aber nicht, daß dieser sich verteuert wenig um die Opfer der heutigen verrückten Produktionsweise zu kümmern gewillt ist. Die Freunde der Arbeitslosen-Unterstützung sind zum größten Theil der Meinung, daß ein Beitrag von 35 S. genügen könnte, weil es der Vorstand durch die letzten Arbeitslosen-Zählungen so herausgerechnet hat. Mit 35 S. Wochenbeitrag soll uns eine Arbeitslosen-Unterstützung nach einjähriger Karenzzeit und einer sechs Tage vorausgehenden Wartezeit, von 6 pro Woche auf die Dauer von sechs Wochen gewährt werden. Mit 6 pro Woche Unterstützung wird wahrlich ein verheirateter Kollege, vorausgesetzt, daß derselbe nicht einige Hundert Mark sein eigen nennen kann, nicht weit springen. Nehmen wir z. B. einen verheirateten Kollegen aus einer kleinen Provinzstadt an. Dieser Kollege wird arbeitslos und bekommt somit nach der vorausgehenden Wartezeit von einer Woche, für drei Wochen im Monat $3 \times 6 = 18$ ausbezahlt, 12 bis 18 muß er für Mietzins bezahlen (ich muß thätiglich 18 bezahlen), somit bleibt diesem Kollegen von der Arbeitslosen-Unterstützung „Summa 0, nichts“. Die Lebensmittelpreise sind in den kleinen Städten bedeutend höher, als in den Großstädten. Bei uns in Memmingen kosten zwei Pfund Brot 28 S., in München kosten zwei Pfund Brot gleichfalls 28 S. Dergleichen verhält es sich mit den anderen Nahrungsmitteln. Was in München z. B. 30 S. kostet, dafür müssen wir 60 S. bezahlen, was in München für 70 S. erhältlich ist, können wir unter 1 nicht haben. Demgegenüber sind aber die Löhne bedeutend niedriger (Schichtlohn 3 bis $3,20$) als in den Großstädten. Für 6 ist nicht einmal genügend Brot für die Familie zu kaufen, geschweige denn noch der Mietzins zu bezahlen. Ich bin für Konzentration der Kronenunterstützung mit der für Arbeitslosigkeit. Ist das nicht möglich, dann ist überhaupt die Einführung der Unterstützung innerhalb des Verbandes nur Flickwerk.

Heinrich Gottberger, Memmingen.

Wenn man die Berichte der Besirzworte der Arbeitslosen-Unterstützung liest, so nimmt es den Anschein, als wenn es bisher nur an dem Ausbau des Unterstützungswesens (vor Allem der Arbeitslosen-Unterstützung) innerhalb des Verbandes gefehlt habe, um die starke Fluktuation der Mitglieder zu beseitigen, andererseits die uns noch fernstehenden Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Den klarsten Beweis, daß auch das weitgehendste Unterstützungswesen nicht in der Lage ist, die große Masse für irgend eine Organisation zu gewinnen, sehen wir bei den Kirch-Dunderianern, trotz ihrer Arbeitslosen-Unterstützung, Krankenunterstützung ufm., gehören nur ganze 8800 Tischer diesen Gewerksvereinen an. Wohingegen unsere Zahl auf das zehnfache gesteigen, ohne die Arbeitslosen-Unterstützung. Weiben wir unserem Grundfals treu, daß wir eine Kampf- aber keine Unterstützungsorganisation sind. Durch Erweiterung des Unterstützungswesens werden wir gezwungen sein, die Beiträge immer mehr und mehr zu erhöhen, und die hohen Beiträge werden dann einen Bemühschuß bilden für die weitere Ausdehnung des Verbandes. Nur wer in der Lage ist, 40-50 S. pro Woche Beiträge zu zahlen, der ist uns willkommen. Die wirtschaftlich Schwachen, welche nicht in der günstigen Lage sind, diesen hohen Beitrag für die Dauer zu zahlen, bleiben als „indifferente Masse“ bei Seite stehen. Den Verband kann man dann mit einem großen Schaufenster vergleichen, worin lauter schöne Sachen ausgestellt sind. Die Leute, welche davor stehen, haben wohl das Bedürfnis nach all diesen schönen Sachen, aber kein Geld, sich dieselben anzuschaffen. Was nützt dann die ganze Agitation und die schönen Einrichtungen, wenn die große Masse den an sie gestellten Anforderungen nicht Stand halten kann? Der Vorstand hat sich ja die größte Mühe gegeben, um statistisch nachzuweisen, daß die kleinen Städte der Arbeitslosigkeit genau so unterworfen sind, wie die großen Städte. Für ebenso wichtig halte ich es, wenn er es versuchen würde, einmal nachzuweisen, was ein verheirateter Kollege, wenn er 900 pro Jahr verdient, zum Lebensunterhalt braucht und was er dann noch für die politische und gewerkschaftliche Organisation übrig behält. Das Resultat würde wohl nicht sehr verlockend sein. Er wird finden, daß diese Beiträge schon jetzt von den notwendigsten Bedürfnissen abgezogen werden. Natürlich muß zugegeben werden, daß auch eine große Anzahl Kollegen mehr als 900 verdienen. Das Resultat wird aber dasselbe bleiben, da die Preise für Lebensunterhalt und Wohnungsmiete sehr verschieden hoch sind.

Wenn wir die statistischen Erhebungen vom Jahre 1897 näher untersuchen, so finden wir, daß von 19700 Holzarbeitern, welche in Verracht kommen, es rund 11000 sind, welche unter 900 verdienen.

Anstatt daß der Vorstand eine lebhaftige Agitation für Einführung einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung entfaltet (da doch die herrschende Arbeitslosigkeit nur ein Produkt der planlosen Produktionsweise unter Sanktionierung des Staates ist), wickelt er dafür, daß wir uns selbst helfen sollen. Wenn der deutsche Staat in der Lage ist, an circa 400 Bundesbritanten 450-500 Millionen Mark Zuerstprämien in den letzten 25-30 Jahren zu zahlen, wenn er ferner in der Lage ist, jährlich 50-60 Millionen für Pensionen an gebiente Militärs zu zahlen, wenn der Staat sich ferner der „notleidenden“ Agrarier im neuen Sozialversicherungsentwurf annimmt, dann haben auch wir Arbeiter als die zahlreichste und bedürftigste Klasse ein Recht, eine derartig gerechte Unterstützung zu beanspruchen. Kollege Krahje-Berlin sagt: „Von dem herrigen Staat, von dem Verwaltungsansatz der heizenden Klasse, kann man für die Arbeiterklasse nichts erwarten.“ Da hat er vollkommen recht. Ja Kollegen, wenn man wir warten wollen, bis man uns dieses oder jenes Zugeständnis auf dem Prämierteller entgegenbringt, dann können wir bis zum Sanktimmerleinstag warten. Warum agitiert man denn für einen gesetzlich geregelten Normalarbeitsvertrag? Daß man uns unsere Forderung nicht so ohne Weiteres bewilligt, das wissen wir aus Erfahrung. Es ist uns das aber nicht abzuhalten, weitere Forderungen, welche im Interesse der Allgemeinheit liegen, zu stellen. Wenn der Staat einmal gezwungen ist, zur Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen, dann wird er auch Gehege schaffen, welche der Arbeitslosen vorbeugen.

Bruno Müller, Göttingen.

Am 26. Januar fand in Dresden die von circa 400 Kollegen besuchte jährliche Generalversammlung statt, in welcher u. A. ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag zur einstimmigen Annahme gelangte: „Dem Hauptvorstand zur Pflicht zu machen, bei der Abstimmung über die Arbeitslosenunterstützung auch klar die Frage wegen der Höhe des zukünftigen Beitrages zu stellen und denselben auf 40 S. festzusetzen.“

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Am 11. Februar versendet der Vorstand die Kandidatenlisten für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongress und hat hierauf die Wahl der Delegierten in allen Zahlstellen spätestens am 11. März stattzufinden. In die Kandidatenlisten können nur diejenigen Kandidaten aufgenommen werden, welche entsprechend dem Wahlreglement bis 6. Februar beim Vorstand angemeldet wurden.

Alle Anträge zum Verbandstag bitten wir je für sich auf einem besonderen Blatt Papier einzureichen. Als Endtermin für die Einreichung ist der 4. März festgesetzt und eruchen wir, diesen Termin einzuhalten, damit die Anträge rechtzeitig von uns veröffentlicht und alsdann von allen Zahlstellen beraten werden können.

Unsere arbeitslosen Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß nach § 8 des Statuts nur nachweisbare Arbeitslosigkeit von der Beitragspflicht entbindet. Aus diesem Grunde sind die Mitglieder verpflichtet, bei Arbeitslosigkeit sich sofort beim Kassirer zu melden und die Beitragsrubriken in ihrem Mitgliedsbuch allwöchentlich abstimmen zu lassen. Eine nachträgliche Abstemmung einer größeren Anzahl von Beitragswochen kann nur in Ausnahmefällen zugelassen werden, wenn die wirkliche Dauer der Arbeitslosigkeit unzweifelhaft nachgewiesen werden kann.

Das Resultat der Korbmacherstatistik ist von uns in einer Broschüre: „Von der Nothlage der Korbmacher“ zusammengestellt worden. Diese Broschüre gelang in der nächsten Woche zum Versand und soll als Agitationsmaterial an die Korbmacher gratis abgegeben werden.

Hierdurch erinnern wir namentlich die neugewählten Bevollmächtigten, sowie Gauvorsitzer daran, daß jede Zahlstelle und jeder Gauvorstand ein Exemplar des „Correspondenzblatt der Generalkommission“ unentgeltlich geliefert erhält. An die Zahlstellen wird dasselbe allwöchentlich mit der „Holzarbeiter-Zeitung“ gesandt, während es den Gauvorsitzenden von der Generalkommission direkt zugestellt wird. Etwasige Reklamationen sind deswegen von ersteren an die Expedition der „Holzarb.-Ztg.“, von letzteren an die Adresse der Generalkommission zu richten.

Der Schreiner Georg Hagen, geb. 14. 9. 81 zu Bayreuth, wird hierdurch aufgefordert, die in der Zahlstelle Worms veruntreuten Verbandsgelder umgehend an die Hauptkasse zurückzuzahlen. Die Mitglieder werden hiermit auf S. aufmerksam gemacht und gebeten, gegebenen Falles seine Adresse hierher mitzutheilen.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 24349 Adolf Frank, Stellmacher, geb. 27. 10. 81 zu Franzeshor.
- 50686 Max Tischendorf, Tischler, geb. 3. 12. 82 zu Wolkenstein.
- 62174 Heinrich Forche, Stellmacher, geb. 26. 7. 75 zu Jauernig.
- 63226 Wilhelm Geisel, Tischler, geb. 1. 7. 75 zu Unterlammigen.
- 72218 Johann Kaiser, Schreiner, geb. 9. 9. 82 zu Eichelbronn.
- 72882 Max Schneidre, Tischler, geb. 1. 9. 74 zu Finsterwalde.
- 87056 Josef Maientel, Bürstenmacher, geb. 15. 3. 75 zu Böschwitz.
- 91421 Robert Volkammer, Tischler, geb. 31. 12. 64 zu Guben.

Stuttgart, den 1. Februar 1902.

Der Vorstandsvorstand.

Zur Wahlkreiseinteilung.

In Nr. 5 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bezeichnet ein Kollege aus Gelle die Einteilung der Wahlabteilungen wiederholt als nicht richtig, weil es den kleinen Zahlstellen dadurch unmöglich gemacht wird, auch nur annähernd daran zu denken, einen Delegierten durchzubringen. Der Kollege geht sogar so weit, dem Vorstande tendenziöse Absichten zu unterwerfen, um die Arbeitslosenunterstützung durchdrücken zu können. Aber auch die Redaktion glaubt dem Vorstande eins auszuweisen zu sollen, weil derselbe sich nicht genügend an die Gaueinteilung gehalten, sondern die statutarische Vorschrift, wonach je 800 Mitglieder einen Delegierten wählen sollen, zu sehr berücksichtigt habe. *) Beide Beschwerden bewegen sich somit in

*) Kollege Klotz erlaubt mir wohl die Anfrage: Ist es der Redaktion des Verbandesorgans nicht mehr gestattet, eine andere Meinung zu haben als der Vorstand? Ich glaube, ja; und deshalb kümmert es mich auch absolut garnichts, wenn Kollege Klotz sich getroffen fühlt. Was habe ich gesagt: Lediglich eine große Sparjamaikerkäufchen haben bei der Zusammenstellung eine Rolle gespielt, um die Kosten eines oder zweier Delegierten zu ersparen. Ich habe nicht zu viel gesagt, denn nach der eigenen Angabe des Kollegen Klotz haben 2388 Mitglieder keine Vertretung, d. h. wenn er sich

entgegengekehrter Richtung. Während der Kollege aus Gelle die Einteilung ohne Rücksicht auf die Gaue und auf geographische Abbrundung, nur nach Maßgabe der Größe der Zahlstellen getroffen wissen will, verlangt die Redaktion, daß die Einteilung, ohne Rücksicht auf die Größe der Zahlstellen und unter Sanktionierung der statutarischen Bestimmung (800 Mitglieder) lediglich nach Gaue vorgenommen werden soll. Wie liegt nun die Sache?

Die Wünsche, welche bei der Einteilung berücksichtigt werden sollen, wehren sich beinahe von Verbandstag zu Verbandstag. Zunächst wurde möglichst geographische Abbrundung gewünscht; hierin wurden Gärten gegenüber den kleinen Zahlstellen erblickt und man verlangte die Zusammenlegung gleich großer Zahlstellen zu einer Abtheilung. Die Vereinigung verschiedener Berufe in unserem Verband führte vorübergehend zu dem Wunsche, diese verschiedenen Berufe zu berücksichtigen, dem natürlich nicht entsprochen werden konnte, und endlich wurde, nachdem die Gaueinteilung eingeführt war, in Göttingen beschlossen: „Der Vorstand möge bei Abgrenzung der Wahlabteilungen für die Delegiertenwahl zum Verbandstag die Gaueinteilung möglichst in der Weise berücksichtigen, daß die einzelnen Gaue für sich die nach Maßgabe der Gesamtmitgliederszahl entfallenden Delegierten wählen.“

Diesen Wünschen und dem obigen protokollierten Beschluß steht aber als maßgebend die statutarische Bestimmung voran: Die Einteilung der Wahlabteilungen geschieht auf Grund des dem Verbandstage vorangehenden vorletzten Quartalsabschlusses in der Weise, daß auf je 800 Mitglieder ein Delegierter entfällt. Diese statutarische Bestimmung ist bei der Zusammenstellung in erster Linie maßgebend, und ich meine denn doch, die Redaktion unseres Verbandsorgans hat nicht den Beruf, die Einhaltung statutarischer Bestimmungen spöttelnd zu kritisieren, sondern im Gegentheil deren Einhaltung in Schutz zu nehmen.

Ob es zweckmäßig ist, die Gaueinteilung für längere Zeit festzulegen, mag dahingestellt sein. Sehr leicht könnte es aber dazu führen, daß solche Gaue, die eine rege Thätigkeit entfalten, in ihrem Vertretungsrecht in so lange verkirzt werden, bis ihre Mitgliederzahl die Entsendung eines weiteren Delegierten rechtfertigt, während weniger rege Gaue, bei Rückgang der Mitgliederzahl, eine stärkere prozentuale Vertretung erhalten. Doch hierüber mag der Verbandstag entscheiden. Uebrigens scheint mir die Bedeutung der Sache gar zu sehr aufgeblasen, ich nehme an, daß jeder Delegierte, ob von großen oder kleinen Zahlstellen gewählt, ob er diesem oder jenem Gau angehört, den besten Willen mitbringt, an dem Ausbau des Verbandes mitzuwirken.

Nun noch ein Wort zu dem Kollegen aus Gelle. Wenn er den Ausdruck „niederrichtig“ gebraucht, so muß ich es ihm überlassen, seinem Geschmack entsprechend seine Ausdrücke zu wählen; wenn er mir aber „Tendenz“ unterschiebt, so sage ich, man sucht Niemand hinter dem Ofen, „man habe denn selbst dahinter gefesselt“. Ich sage mir aber ferner, ich vermute bei keinem Kollegen böse Absicht, auch wenn er der erbitterteste Gegner der Arbeitslosenunterstützung ist. Auch er ist, wie ich, befreit, das Beste des Verbandes zu fördern. Das Ziel ist dasselbe, nur der Weg ist ein anderer. Tendenz, speziell bezüglich der Arbeitslosenunterstützung, kann aber schon deshalb nicht mitgespielen, weil erstens die Entscheidung schon vor dem Verbandstag getroffen wird und weil ich zweitens nicht wissen kann, wie die Mitglieder der einzelnen Orte oder die Delegierten sich zu der Frage stellen. Daß die Ansichten sich darin ändern können, dafür bietet die gegenwärtige Verhandlung dieser Frage seitens der Redaktion der „Holzarb.-Ztg.“ den besten Beweis.

Carl Klotz, erster Vorsitzender.

Bekanntmachungen der Gauvorsitzenden.

7. Gau. Vorort Magdeburg.

Den Verwaltungen und sonstigen Korrespondierenden hiesmit zur Kenntniß, daß eingetretener Umstände halber der Kollege Wilsdorf sein Amt als Vorsitzender der Gauverwaltung niedergelegt hat. Alle Korrespondenzen sind bis zur Ergänzungswahl an die bisherige Adresse, an den Kollegen W. A. H., Berlinerstr. 9, Geldbindungen aber an den Kollegen Wilhelm C. Belling, Magdeburg B, Schönebeckstr. 107a, Hof, 3. Et., zu richten.

9. Gau. Vorort Leipzig.

Zu der am 28. Januar 1901 für den 9. Gau stattgefundenen Neuwahl des Gauvorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: Hermann Ohmann, Otto Gerichte, Wilhelm Gerichte, Franz Meusch, Hermann Wilsdorf, bei der am 30. Januar vorgenommenen Konstituierung wurde H. Wilsdorf als Vorsitzender, Franz Meusch, als Stellvertreter, W. Gerichte als Kassirer, H. Ohmann als Stellvertreter und O. Gerichte als Schriftführer ernannt.

Alle Korrespondenzen sind an den Vorsitzenden H. Wilsdorf, Leipzig-N., Teubenerstr. 2a, 3. Et., sowie alle Geldbindungen an den Kassirer W. Gerichte, Leipzig, Erdmannstr. 11, Hof, 1. Et., zu senden.

Der Gauvorstand.

12. Gau. Vorort Gera.

Zu der am Sonntag, den 25. Januar, stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Gera ist die Wahl des Gauvorstandes erfolgt und setzt sich derselbe wie folgt zusammen: Mich. Werner, Gauvorsitzer; Franz Christ, Stell-

frakte an die Bestimmung des Statuts hätte halten wollen, daß nämlich auf je 800 Mitglieder ein Delegierter entfällt. Ich verbeiß mich aber darauf garnicht, sondern habe lediglich angeregt, daß die beste Einteilung die nach Gaue ist und daß die Wahlbezirke dauernd sein müssen. Weiter hat die Angelegenheit für mich keine Bedeutung; daß die Redaktion die Einhaltung der statutarischen Bestimmungen in Schutz zu nehmen habe, ist ganz selbstverständlich. Das Gegenteil, Kollege Klotz, dürfte weber in diesem, noch in einem anderen Falle bisher eingetreten sein. Im Uebrigen, Kollege Klotz, fasse ich die Debatte über die unsere Mitglieder und den Verbandstag interessierenden Fragen viel zu ernst auf, als daß ich Gefallen daran finden könnte, dem Vorstand per Gelegenheit „eins auszuweisen“. Wenn meinerseits der Ausdruck „Verbandsbureauapothek“, „Gramm und Quentchen“ gefallen ist, so lag mir dabei nichts ferner, als dem Vorstand, am allerwenigsten aber dem Kollegen Klotz, eins auszuweisen.

H. A. S. L.

vertreter: Albin Meinholt, Kassierer; Arno Kopfstädt, Schriftführer, und Hermann Decker, Weißiger.

Alle Korrespondenzen sind an den Gauvorsteher Rich. Werner, Schillerstr. 50, und Geldsendungen an den Kassierer A. Meinholt, Schillerstr. 43, zu senden.

Der Gauvorstand. J. A.: Rich. Werner.

19. Gau. Vorort Eberfeld.

Die zur Konferenz erwählten Delegierten ersuchen wir dringend, bis spätestens zum 10. Februar ihre Wahl und event. sonstige Wünsche an Unterzeichneten mitzuteilen.

Im Weiteren ersuchen wir noch einmal sämtliche Zahlstellen des Gau, insbesondere die kleinsten, durch eigene Delegierten sich auf der Konferenz vertreten zu lassen; kein Ort darf unvertreten sein.

J. A.: Aug. Hartung, Eberfeld, Schusterstr. 38a.

21. Gau. Vorort Nürnberg.

Um einen Frisur, der durch einen Druckfehler in voriger Nummer der Holzarbeiter-Zeitung entstehen könnte, zu begegnen, sei hier noch einmal darauf hingewiesen, daß der Gaugang am 9. März, Vormittags Punkt 11 Uhr, in Bayreuth in den Kongresssälen beginnen wird.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Bürgel bei Offenbach. Im Einverständnis der Zahlstelle Offenbach und mit Genehmigung des Hauptvorstandes gründeten wir hier eine eigene Zahlstelle.

Burg. In dem Holzgeschäft von Steinbrügge wurden am 18. Januar zwei Arbeiter entlassen, was an sich weiter nichts Verwunderliches wäre, wenn es sich nicht „zufällig“ um die dort beschäftigten Vertrauensmänner der Holzarbeiter von Burgdam und der Bauarbeiter in Kitzlerhude handelte.

Wagdeburg. Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht erstattete Peters. Er führte aus, wie notwendig es ist, bei der jetzigen Konkurrenzsituation die Augen offen zu halten.

Cannstatt. Die Holzmaarenfabrik Köhler & Weikenberger legte ihren Arbeitern eine neue Fabrikordnung vor, welche gerade nicht schlimm aber doch recht verbesserungsbedürftig war.

Dresden. Am 26. Januar beschäftigten sich die Futtermischer wieder mit den Differenzen bei der Firma Grühle. Dieselben sind durch das solidarische Verhalten der Kollegen zu unseren Gunsten beigelegt.

Magdeburg. Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht erstattete Peters. Er führte aus, wie notwendig es ist, bei der jetzigen Konkurrenzsituation die Augen offen zu halten.

Wien. In letzter Zeit hat die Polizeibehörde unsere Tätigkeit auf alle Art und Weise zu erschweren gesucht. Seit wir unser Verkehrslokal von innen und außen mit Schutzleuten besetzt, trotzdem niemals auch nur das Gerücht dort vorgekommen ist, was die Behörde veranlassen konnte, das Lokal dermaßen zu übermachten.

und wie überall, so ist auch hier der Lohn am niedrigsten, wo die Arbeitszeit am längsten ist. Zum Beispiel verdienen bei zwölfstündiger Arbeitszeit die Kollegen 80-82 %, bei elfstündiger 85-88 % und bei zehnstündiger 45 % der Stunde.

Markt-Medwig. Ein wahres Eldorado kann für uns Schreiner Markt-Medwig in Oberfranken genannt werden. Dasselbe dürfte wohl manchem von unseren Kollegen bekannt sein, denn soweit wie ich bis jetzt in Erfahrung gebracht habe, hat schon mancher organisierte Schreiner hier sein Glück probiert.

Neu-Tienburg. Seit 10 bis 15 Jahren war die Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschränkung nicht so groß als gegenwärtig. Die Arbeitgeber suchten die ungünstige Geschäftslage nach allen Regeln der Kunst auszunützen.

Offenbach a. M. Schon seit Jahren ist die hiesige Zahlstelle bemüht, einen Arbeitsnachweis zu errichten. Damit derselbe richtig funktionierte, hatten wir uns mit der Innung in Verbindung gesetzt, weil wir glaubten, ohne die Mithilfe der Arbeitgeber bei Vermittlung der Arbeitsstellen den Arbeitsnachweis nicht so ausbauen zu können.

Reich. In der Drechsler-Werkstätte von G. Worms sind von Neuem Differenzen ausgebrochen. Vermittelt trugen die Arbeiter vor 14 Tagen den Sieg davon. Das scheint Herrn G. Worms, ehemaliges Verbandsmitglied und Mitglied der Lokalverwaltung des Drechslerverbandes, nicht schlafen zu lassen.

hat sofort nach dem Friedensschluß, welcher am 13. Januar erfolgte, Drechsler auf Akford gesucht. Beweis: die Offerten, welche sich in unseren Händen befinden. Dabei verspricht er einen Lohn, welcher niemals erreicht werden kann. Es ist ihm gelungen, einen Drechsler von Lübeck zu bekommen. Derselbe nahm sich vor, wöchentlich M. 30 zu verdienen. Natürlich nahm er darauf Worsich u. s. Das versteht sich am Bande. Auch sorgte Herr Wornis dafür, daß derselbe in seinem Hause ein warmes Bett fand, damit die bösen Verbände ihn nicht außerhalb erwischen und überreden. Er bekam auch eine Arbeit, welche zu den besten Arbeiten gehört und das Resultat war folgendes: Er hat in einer Woche M. 13,24, sage und schreibe: dreizehn Mark und vierundzwanzig Reichspfennige verdient. Tableau! Für diesen Lohn kann er zwar Drechsler erhalten, ob aber die feinfühligste Kundschafft damit zufrieden ist?? Er braucht Leute, welche was leisten können, und bekanntlich stellen sich solche nicht für ein Trinkgeld bei Gustav Wornis hin. Dann besigen wir auch Offerten, wo unser ehemaliger feuriger Verhandlungscollege schreibt oder schreiben läßt, er braucht bekanntlich in seiner großen Werkstatt einen Buchhalter. Sie können anfangen, wenn Sie nicht Mitglied des Verbandes sind. So, so! Nun gut, Herr Gustav Wornis. Wir wollen einen neuen Tanz wagen. Gestern, am 1. Februar, erblickten zwei Mann gekündigt. Als heute, Sonntag, die Verhandlung unterhandelt wurde, geschah, was voranzutreiben war, die schroffe Zurückweisung. Als Antwort kündigte der Bevollmächtigte sofort für alle Uebrigen, welches morgen früh noch von den Arbeitern wiederholt werden wird. Vorsätzlich ist das Generobericht als Einigungsamt angerufen worden. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, den Zuzug nach Zeit streng fern zu halten. Herrn Gustav Wornis versprechen wir, wenn es ihm sonst beliebt, unser Material auszuwachen. Bis dahin: wohl bekomme's.

Vierte Konferenz des 13. Gaus.

Abgehalten am 26. Januar in Blankenburg a. Harz.

Anwesend sind 14 Delegirte aus elf Zahlstellen und zwei Mitglieder des Gauvorstandes. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Clausthal, Harzburg und Osterwid, was vom Gauvorsitzenden, Kollegen Bartels, in seiner Begrüßungsansprache lebhaft bedauert wurde.

Punkt 1 und 2 der Tagesordnung: Jahresbericht des Gauvorstandes und Berichte der Delegirten, werden zusammengelegt. Die Delegirten berichten, daß überall, mit Ausnahme von Halberstadt, möglichst eine rege Thätigkeit herrscht, die Krise sich äußerst fühlbar bemerklich macht. Arbeitslosigkeit überall. Besonders in Lauterberg sind Lohnschätze und Arbeitszeitverlängerung allgemein. 25 3 bis 3,50 sind auf ein Duzend Stühle abgezogen. In Blankenburg sind elf arbeitslose Tischler, von denen neun organisiert sind.

Braunschweig hat wieder eine recht rege Agitation entwickelt und recht erfreuliche Resultate zu verzeichnen.

Die Bibliothek, welche 250 Bände aufweist, wird viel benutzt. Die Mittel werden durch freiwillige Sammlungen (Sammelbüchse) aufgebracht, im vorigen Jahre M. 41,80. Einige Lohnunterschiede wurden durch Eingreifen der Organisation zu Gunsten der Kollegen beigelegt. Bartels mahnt überall Vorsicht walten zu lassen; jedoch nicht wie in Lauterberg sich die fortwährenden Lohnabsätze gefallen zu lassen. Persönliche Streitigkeiten in den Versammlungen seien zu vermeiden; das Einkassieren der Beiträge mit dem Zeitungsaustragen habe sich gut bewährt. Die Hausagitation sei zu empfehlen. Zu der bekannten Osteroder Angelegenheit: Zurückweisung der Maschinenarbeiter und Tischler in der Hafffabrik von Zeichnungen und Ueberweisung derselben an den Väterverband, hatte Kollege Haupt eine Resolution eingebracht, laut welcher der Gau tag sein Bestreben über das Verhalten des Hauptvorstandes ausspricht. Diese Resolution wurde aber zurückgezogen, nachdem mitgetheilt worden war, daß am Orte eine Möbelfabrik errichtet und die Agitation wieder aufgenommen werden solle.

Ein Antrag: Zur Vortreibung einer wirksamen Agitation hat jede Zahlstelle des Gaus pro Mitglied und Quartal 5 3 an die Gaukasse abzuliefern, wurde mit zehn gegen drei Stimmen angenommen.

Der Gau tag soll so alle zwei Jahre stattfinden, jedoch so früh, daß seine gestellten Anträge noch rechtzeitig zum Verbandstage kommen. Mit acht gegen zwei Stimmen wurde dann mit Bezugnahme auf den Piesnitzer Protokoll beschlossen: Die Streitunterstützung ist nicht nach der Lohnhöhe, sondern nach der Beitragshöhe der Mitglieder festzusetzen.

Ein weiterer Antrag: Daß arbeitslosen Mitgliedern nach einjähriger Karenzzeit im Falle der Arbeitslosigkeit M. 1,50 pro Tag, im Höchstfalle M. 40 pro Jahr, als Unterstützung zu zahlen und Krankheit der Arbeitslosigkeit gleichzurechnen ist, fand Erledigung durch Uebergang zur Tagesordnung.

Ein Antrag: Die Zahlstellen des 13. Gaus führen verhältnismäßig für ein Jahr die Arbeitslosen-Unterstützung ein, wurde einstimmig abgelehnt. Kritisiert wurde dann noch die Wahltheilung des Vorstandes. Wenn auch von sämtlichen Rednern anerkannt wurde, daß die Eintheilung gegen früher besser sei, so kämen nach derselben die kleinen Zahlstellen auf dem Verbandstage doch nicht zur Geltung, sie würden von den großen majorisiert. Eine Protestresolution, welche in der Wahltheilung eine Vergewaltigung der Mitglieder erblickt, wurde einstimmig angenommen. Beschlossen wurde dann weiter: An dem Verbandstage ist ein Antrag zu stellen, daß die Diäten zum Verbandstage nicht über M. 12 betragen dürfen. Der letzte Punkt der Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter und ihre nächsten Aufgaben, wurde wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Gingriandl.

Erfurt, den 1. Februar 1902.

Auf der Gaukonferenz in Gera ist nach dem Bericht in Nr. 5 der Holzarbeiter-Zeitung mein Verhalten einer so unfälligen Kritik unterzogen worden, daß es wohl nicht als unbedeutend angesehen werden kann, wenn ich dem einige Zeilen der Entgegnung widme. Wenn sich auch die Redaktion der Holzarbeiter-Zeitung meiner bereits in liebenswürdiger Weise ausgesprochenen Gründe meines Verhaltens nicht an dem letzten selber festhalten. Man hat sich auf der Gaukonferenz darüber auf-

geregt, daß ich in Noda, ohne mit den Kollegen vom Orte Rücksprache zu nehmen, zum Fabrikanten ging. Das war doch ganz natürlich. Es handelte sich um die Nachprüfung eines in der Holzarbeiter-Zeitung erschienenen Berichtes. Nur darin bestand meine Aufgabe; mit Recht hätte man mir den Vorwurf gemacht, in die Funktionen des Gauvorstandes eingegriffen zu haben, wenn ich über diesen Auftrag hinausgegangen wäre. Die Verabreichung irgendwelcher Schritte zur Abstellung eventueller Mißstände erschien auch deshalb nicht rätlich, weil mir die Kontrolle über den Weiterverlauf der Dinge fehlte; das war Sache der Geraer Gauverwaltung. Die Richtigkeit des in unserem Organ erschienenen Berichtes war von der Firma angezweifelt worden, sie mußte also zunächst ihre Einwände begründen; bei ihr mußte also zuerst vorgesprochen werden. Diese Vorsprechung diente lediglich der Information, wie die Vorsprechung mit den Arbeitern, die im Fabriksaale ohne Anwesenheit der Fabrikanten stattfand. Erst nachdem die Information in ausreichendem Maße vorhanden war, konnte man an die Feststellung des Thatbestandes in Gegenwart des Fabrikanten und einer Arbeiterdeputation gehen. Soweit die formale Behandlung der Sache.

In materieller Beziehung handelte es sich im Bericht um Folgendes: 1. war über mangelhafte Fabrikräume geklagt; 2. sollte sich der Fabrikinspektor nicht um die Fabrik kümmern haben; 3. waren die niedrigen Löhne und 4. die unipunktliche Auszahlung des Lohnes die Ursachen zur Klage. Ueber Punkt 1 und 3 vermochte ich mich durch den Augenschein (Besichtigung der Fabrik und Einsichtnahme der Lohnlisten) zu überzeugen. Die Fabrik ist nun gerade keine Musterbude, sie ist aber nicht schlechter, als so viele andere auch. In Bezug auf Löhne wurde sogar ein geringerer Durchschnittslohn herausgerechnet, als im Bericht angegeben war. Die Behauptung zu Punkt 2 war falsch; es lag ein schriftliches Zeugnis des Fabrikinspektors vor, nach welchem thatsächlich eine Besichtigung stattgefunden hatte, und auch der Berichterstatter selbst, Kollege Werner, schrieb unter dem 21. Juli 1901: „Leider bin ich von Noda aus über die Revisionen des Fabrikinspektors falsch unterrichtet worden.“ Es berührt demgegenüber recht sonderbar, will ich mal sagen, wenn die Gaukonferenz jetzt alles im Bericht Gesagte aufrecht erhalten will. Den schwersten Punkt der Beschwerde, die unregelmäßige Lohnzahlung, gab die Firma zu, sie bezeichnete den Mangelstand als langjährig und als nicht abstellbar; nur die Höhe der Rente wurde bestritten und konnte auch nicht nachgewiesen werden. In dieser Beziehung die erforderlichen Schritte einzuleiten, wäre Sache der Kollegen der Fabrik und der Gauverwaltung gewesen.

In Börsen handelte es sich ebenfalls um Vorkommnisse in einer Gardinenstofffabrik; in diesem Falle war der Bericht noch nicht erschienen. Es gehört nun sehr viel Phantasie dazu, in Beziehung auf die dortigen Vorkommnisse von einer Maßregelung reden zu wollen. Soweit ich mich erinnere (die bezüglichen Notizen habe ich leider nicht wieder gefunden), handelt es sich um folgenden Sachverhalt: Ein Drechsler, der auf diese Spezialarbeit nicht eingeweiht war, verdiente nur sehr wenig und ging wieder; ein zweiter Kollege war mit dem Fabrikanten sehr intim geworden, hatte sich später mit demselben überworfen, weshalb es zur Lösung des Arbeitsverhältnisses und dabei, wie so oft, wenn vorher die Freundschaft zu dick war, zu beiderseitigen Schimpereien kam. Diese Vorgänge waren im Bericht verallgemeinert worden, und da habe ich allerdings, und wohl mit Recht, gerathen, von der Aufnahme des Artikels Abstand zu nehmen und die Sache auf sich beruhen zu lassen. Der Eine der angeblich gemäßigten Kollegen war übrigens längst über alle Berge, der Zweite hatte sich zwar eingefunden, aber sein Domicil ebenfalls schon verändert. In diesem Falle ging aber der Unterredung mit dem Arbeitgeber eine Stundenlange Unterhaltung mit den Arbeitern der Fabrik voraus.

Eines Staatsverbrechens habe ich mich aber in den Augen der Geraer Gaukonferenz schuldig gemacht. Ich bin vom Arbeitgeber auf's „Freundschaftlichste“ empfangen worden. Die Bemerkung hat doch nur einen Sinn, wenn damit die Verdächtigung ausgebrüht werden soll, daß ich mich durch die Freundschaftlichkeit habe bescheiden lassen. Gegen Vorwürfe solcher Art giebt es keine Verteidigung, das ist Vertrauenssache, und ich bin anmaßend genug, um mich für zu gut zu halten, auf diese Vertheidigung noch ein Wort zu verschwenden. Uebrigens ist die Behauptung garnicht wahr, ich bin nicht freundschaftlich, sondern höflich empfangen worden. Und das möchte ich mir auch ausgeben haben. Das wäre noch schöner, wenn ich als Vertreter des mächtigen Holzarbeiterverbandes, oder unseres angehenden Fachorgans erschienen, und man wollte mich unhöflich behandeln. Verflucht, da hörte der Spaß auf!

Diese unliebsamen Vorgänge zeigen aber wieder einmal mit aller Schärfe, wohin es führt, wenn ein Berichterstatter sich nicht der peinlichsten Wahrheitsliebe befleißigt, wenn man den Kerger zum Rathgeber zuläßt und sich nach einem Punkte mit dem Arbeitgeber hinsetzt und mit der Absicht: „Warte, dem werde ich's aber einmal eintränken“, Berichte schreibt. Durch Ueberreibungen auf diesem Gebiete wird das wirklich Abänderungsbedürftige geschützt. Bei den durch falsche Berichtserstattung verursachten Vergleichen muß auch das wirklich Berechtigte in der Kritik fahren gelassen werden, das liegt in der Natur des Kompromisses. Natürlich ist es auch, wenn den Arbeitgebern der Kamm schwillt, wenn die Arbeiter durch ihre eigenen Vertreter relinquirt werden müssen. Daß dabei mit dem Mute unseres Organs Schindluderer gespielt wird, sei nur nebenbei erwähnt. Dem Redakteur zuzumuthen, alle Unwahrheiten zu bringen und sich dafür in's Loch sperren zu lassen, erscheint mir, der Ähnliches am eigenen Leibe verspüren mußte, etwas Narr.

Zum Schluß möchte ich nur noch der Bitte Ausdruck verleihen, es in unserer Organisation nicht zur Regel werden zu lassen, Abwesende abzuurtheilen. Es ist leider ein in der Arbeiterichheit weit verbreiteter Grundsat, daß der Abwesende immer Unrecht hat.

Germaun Rapp.

Zum Protokoll des 15. Gaus.

Nach dem in voriger Nummer abgedruckten Bericht von der Konferenz des Gaus Hamburg scheint es, als seien innerhalb des 15. Gaus überhaupt keine Gegner der Arbeitslosenunterstützung mehr vorhanden. Dem fernstehenden Kollegen muß dies um so merkwürdiger sein, als vor zwei Jahren auf der Konferenz kein einziger Delegirter für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eingetreten ist. Als Gegner der Einführung und als Delegirter der Zahlstelle Eberbrügge muß ich gegen obige Behauptung protestiren. Meine Ansicht, die sich mit der in der

Zahlstelle Eberbrügge vorhandenen deckt, habe ich doch laut genug dargebracht, um verstanden zu werden. Uebrigens heißt es doch die Thatfachen auf den Kopf stellen, wenn in dem Bericht behauptet wird: „Eine ganze Reihe Delegirter aus kleinen Zahlstellen erklärte sich für die Arbeitslosenunterstützung.“

Es muß da bemerkt werden, daß diese Reihe Delegirter, wohl persönlich für Arbeitslosenunterstützung ist, ihre von ihnen vertretenen Zahlstellen aber größtentheils dagegen sind. Die Urabstimmung wird dies ja auch noch beweisen; merkwürdig ist es immerhin, daß eine Reihe Zahlstellen Vertreter zur Gaukonferenz sandte, die da nicht die Meinung der Zahlstelle, sondern ihre persönliche in einer solchen wichtigen Angelegenheit vertraten. Die Thatfache, daß die beimähe einstimmig angenommene Resolution, die Delegirten verpflichtet, in ihren Zahlstellen für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit einem Beitrag von mindestens 40 3 einzutreten, ändert daran gar nichts, vielmehr glaube ich, daß gerade durch dieselbe die Arbeitslosenunterstützung seitens der kleinen Zahlstellen glänzend abgelehnt wird.

Anton Richter, Eberbrügge.

Ein Exempel zum Kapitel: Wie mit unserem Gelde nicht umgegangen werden soll.

Am Sonnabend, den 25. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, wurde die hiesige Verwaltung durch den Gauvorstand brieflich benachrichtigt, daß Berlin zum Gewerkschaftskongreß nur einen Delegirten aus seiner Mitte bestimmen wolle, und es den Zahlstellen der neunten und zehnten Verbandstagswahlabtheilung überlasse, sich ihrerseits betreffs des zweiten Delegirten zu einigen. Zu diesem Zwecke sollten ein oder mehrere Delegirte der in Betracht kommenden Zahlstellen am darauffolgenden Tage, Sonntag, den 26. Januar, Nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Berlin zu einer Konferenz zusammenzutreten, da auch noch über den Verbandstag zu reden wäre. Wir waren wegen dieses entgegenkommenden Entschlusses der Berliner nicht wenig erkaunt und erfreut zugleich und kamen der Aufforderung durch Entsenden eines Delegirten nach. Doch die Sache sollte anders kommen. In unserer Mitgliederversammlung erklärte unser Delegirter, ihm scheine, daß schon vor der Konferenz höhere Mächte hinter den Coullissen gearbeitet hätten, indem von vornherein die Kandidatur des Kollegen M. Ahrens-Berlin auf der Vorkonferenz erdient und der auch gleich seine Kandidatenrede hielt (von welcher Zahlstelle er gekam, war nicht bekannt). Von unserem Delegirten wurde darauf hingewiesen, daß doch die Zahlstellen aus ihrer Mitte Vorschläge machen sollten; er selbst trat auch mit einem Vorschlage hervor. Es mußte nichts; es warfen sich noch ein paar Berliner für Ahrens in's Zeug und die Delegirten fielen auf diesen Leim herein. Vom Verbandstag wurde kein Wort geredet.

Also zu diesem einen Zweck müssen 12 bis 14 Delegirte nach Berlin fahren, um dann trotz des Beschlusses der Berliner Zahlstelle auf den zweiten Delegirten, wiederum einen Berliner Kollegen zu nominiren. Die Berliner haben doch so ihren Verbandstag, aber mit etwas mehr Feinesse. Unsere Mitgliederversammlung protestirt energisch gegen solche Machinationen, insbesondere, daß deswegen so viel Geld geradezu hinausgeworfen wird und fordert die Mitglieder der betreffenden Zahlstellen auf, sich darüber zu äußern, ob sie mit dem Verhalten ihrer Delegirten einverstanden sind. Es ist doch geradezu ein Armutshaus, wenn die Delegirten dadurch beweisen wollten, keinen zu solchen Posten fähigen Kollegen unter sich zu haben. Es sind doch in der Mehrzahl Zahlstellen mit 200 bis über 300 Mitgliedern, zu deren guter Führung mindestens ebenso viel Intelligenz gehört, wie von einem Gewerkschaftskongreßdelegirten verlangt wird. Die Versammlung ist weiter der Ansicht, daß solche Angelegenheiten, zumal noch Zeit genug vorhanden, sich sehr gut auf christlichem Wege erledigen lassen.

Im Antrage der Zahlstelle Frankfurt a. d. D. Hugo Westmar, Bevollmächtigter. Hermann Ulrich, Schriftführer.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

In der Möbelfabrik von C. Moritz in Landeberg an der Warthe sind Differenzen ausgebrochen infolge Maßregelung einiger Verbandsmitglieder — darunter zwei Mitglieder der Lokalverwaltung — und Lohreduktionen.

In der Tischlerei von A. Sinze in Lindenwalde sind Differenzen ausgebrochen. Sämmtliche acht Kollegen haben die Arbeit niedergelegt, da es den betreffenden Kollegen nicht möglich war, sich in Gutem mit Herrn S. auszusprechen. Der Herr hat — wie es in der Zuschrift an uns heißt — ein solch gutes Sprachorgan, daß gleich die ganze Nachbarschaft von dem Vorgefallenen in Kenntniß gesetzt wird. Die Ausbrüche, welche er sich gegenüber den Gesellen bediente, ließen vor der Hand eine friedliche Lösung ansichtslos erscheinen. Betreffs der vorgekommenen Lohreduktion, sucht er jetzt, um einen direkten Lohnabzug zu vermeiden, auf einen neuen Erid zu sinnen, indem er der mit ihm unterhandelnden Kommission erklärt, M. 1—2 für Poliren mehr bezahlen zu müssen.

Auch in der Tischlerei von Herrn S. in es zu Lohnabzügen gekommen. Die Inhaberin der Firma Wwe. Herrn hatte von ihren Abnehmern die Nachricht bekommen, Nachspindeln künftig 25 3 billiger zu liefern; diese 25 3 will sie nun ihren Gesellen abziehen, und um bei der ganzen Sache auch noch etwas zu verdienen, zieht sie gleich auf alle in ihrer Werkstatt vorkommenden Arbeiten ab. So gar der von Frau Herrn in Lohn beschäftigte und von ihr mit Werkführer titulierte Kollege, welcher die Werkstätte leitet, soll unter diesen Abzügen leiden. Es wird deshalb gebeten, den Zuzug von Tischlern nach diesen beiden Werkstätten fernzuhalten.

Bei der Firma Densmer & Hartmann in Coblenz sind Lohnunterschiede ausgebrochen, deshalb ist der Zuzug von Hornbrechtern fernzuhalten.

Den Stuhlpolirern der Firma Pfeifer & Gröschel in Dresden gelang es durch solidarisches Verhalten, einen angeforderten allgemeinen Lohnabzug in der Höhe von 4—8 pzt. zurückzuweisen. Obwohl die Herren sich erst auf nichts einlassen wollten, wurde weitere Bezahlung des alten Lohns zugesagt, als sämtliche Leute die Werkstatt verlassen wollten.

Gewarnt wird von Lübeck aus, bei der Firma Gebrüder Wasserstradt Arbeit zu nehmen. Die Firma sucht namentlich in Berliner Zeitungen Möbelschler. Viele

fallen darauf hinein und kehren schwer enttäuscht Läden wieder den Händen. Also Obacht. (Bericht ging zu spät ein, nächste Nummer Näheres. Die Red.)

Aus den Berichten der Holzbranche.

Der Tischlermeister-Schutzverband soll in Glück gebracht werden. Rings-Köln theilt dem geschäftsführenden Vorstand des Bundes deutscher Tischler-Zimmern mit, daß seine Innung beschlossene habe, M. 800 zur Agitation für Werbung von Mitgliedern in Rheinland-Westfalen herzugeben. Dieser Beschluß hat bei den Berliner Innungsgrößen große Befriedigung hervorgerufen. Man ist sich einig in der ehrlichen Ueberzeugung, daß energisch für den Schutzverband gearbeitet werden müsse, wenn anders derselbe noch zu Stande kommen sollte. Die einzelnen Vorstandsmitglieder haben sich verpflichtet, in nächster Zeit Werbungsreisen zu unternehmen und eine systematische organisatorische Tätigkeit zu entfalten. Der geschäftliche aller Obermeister, Aharardt, wird zunächst Schlesien umherschauen, und Mitsch wird aus geschäftlicher Veranlassung nach Süddeutschland reisen und auf der Tour für den Schutzverband wirken; auch den Westen Deutschlands wird er bereiten und Referate „auf sich nehmen“. Hoffentlich ist sein Rücken breit genug, um sie alle zu tragen. Die größten Kirchenlichter der Berliner Innung machen sich also in den nächsten Monaten auf die Weite, um die Provinzler einzufangen. Wenn so die Aharardt, Rings, Mitsch, Neumann, Lindemann und Genossen im Schweiße ihres Angesichts es sich lauer werden lassen um den Schutzverband, dann wird er hoffentlich auf dem diesjährigen Tischlertage zum vierten Mal gegründet werden können.

Musikautomaten und Staatseinnahmen. In der „Musikinstrumentenzug“ nimmt ein ostpreussischer Farmer das Wort, um dem Staat die Aufstellung von Musikautomaten in Eisenbahnwagen zu empfehlen. Einestheils um ihm eine neue Einnahmequelle aus den Taschen des reisenden Publikums zuzuwenden, zum anderen dem Publikum die Reize durch Musik zu verkürzen und ihm einen Kunstgenuß zu verschaffen und drittens zum Aufschwung der Musikinstrumentenindustrie und der Einschränkung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Der Verfasser hat es vornehmlich auf das Publikum der vierten Wagenklasse abgesehen, das sich sonst von Orgeldrechern vorspielen und schröpfen läßt; er will zwar auch in den übrigen Wagenklassen Automaten aufgestellt wissen, doch verzichtet der gute Mann daß erstens der beschränkte Raum gar keinen Platz mehr bietet, und zum Anderen die Reisenden der ersten und zweiten Wagenklasse auf die Automatenmusik verzichten, bliebe also nur die vierte Wagenklasse übrig. Wer fährt in dieser? Die Armen und Vermissten, auf deren Taschen zu spekulieren geradezu ein Frevel ist. Daß der Staat Geld braucht zu neuen Schiffen und vielem Anderen, weiß der Herr Pastor, er mag nur zunächst in den Kreisen der ostpreussischen Junker seine Rathschläge ertheilen, wie der Staat zu Geld kommen kann, und da liegt nichts näher, als die Unverschämtheit der Junker, und wenn nicht anders, von der Kugel herab, richtig zu kennzeichnen und die Herren von der Verderblichkeit ihrer Venenpolitik für das gesamte Volksleben zu überzeugen. Mag er doch vorschlagen, daß die besitzende Klasse sichere Einnahmen für die Staatskasse aufbringt, dann braucht der Reisende der vierten Klasse für die von dem Herrn Pastor „im Interesse der Kunst und der Moralität unseres Volkes“ so notwendig geforderte Automatenmusik seine halben Nidel nicht auszugeben. Daß man dem reisenden Publikum der vierten Wagenklasse die Fahrt durch musikalische, wohlklingende Musik und nicht durch Cassenhäner verkürzt, dagegen wird kein Mensch etwas einwenden, dann mag sie aber unentgeltlich sein.

Die Öffentliche Holzindustrie-Aktiengesellschaft Gossentin, Westpreußen, welcher auch der Engros-Schwundier Gerhard Ter Linden nahestand, hat ihr Grundkapital von zwei Millionen Mark auf M. 500 000 herabgesetzt. Was für Leute an solchen Unternehmungen ihren Nebbach machen wollen, zeigen die Namen der neu gewählten Aufsichtsratsmitglieder: Eisenbahndirektor Seering, Kaufmann Franz Hardtmann, Bankdirektor Bieweg, alle drei in Danzig, und Heinrich Suermann in Nachen. Der „Frankf. Zig.“ wird berichtet, daß die Fabrikation, die entgegen häufigen Zeitungs-nachrichten, in letzter Zeit niemals eingestellt war, dem vorausgesetzlichen Absatz entsprechend, in vollem Gange sei. Man beschäftigt gegenwärtig in der Fabrik etwa 430 Arbeiter und im Wege der Hausindustrie etwa 250 Personen. Für den Absatz der Erzeugnisse arbeiten gegenwärtig vier Verkaufsstellen und zwar in Gossentin, Breslau, Berlin und Hamburg. Weitere Verkaufsstellen, die in kurzem über ganz Deutschland ausgedehnt werden sollen, seien in Vorbereitung.

Holzindustrie Hermann Schütt, Gzerak. Wir berichteten in voriger Nummer, daß seitens der Direktion eine Sanierung des Geschäftes geplant worden sei. Wir sagten auch, daß die Aktionäre darob ganz außer Fassung gekommen seien. Ein Aktionär ist nun ganz besonders enttäuscht und bekümmert um seine Moneten, denn er fragt in einem Briefe: Was für Dinge müssen in den letzten fünf Monaten des Geschäftsjahres passiert sein, um die Verteilung einer Dividende zu inhibieren und die geplanten Ansprüche an die Aktionäre zu rechtfertigen? Hier scheint auch einer der zahlreichen Fälle vorzuliegen, in denen die Aktionäre gut thun, selbst nach dem Rechte zu sehen und die Wahrung ihrer Interessen energisch in die Hand zu nehmen.

Es wäre das im Interesse der Arbeiter ganz zweckmäßig, manche Direktoren und „fachverständige“ technische Leiter verstehen nämlich recht oft von der Praxis soviel, wie der Einzel vom Lautenschlagen und wirtschaftlichen solche Unternehmungen in Grund und Boden. Würden die Herren Aktionäre bisweilen einmal Erkundigungen über die Art der Verwaltung und die Produktions-, Löhnungs- und andere Verhältnisse bei den Arbeitern einziehen, würden sie oft weniger verwundert sein, warum ein Unternehmen nicht bestehen kann und Sanierungen vorgenommen werden müssen.

Waggonfabrik Gebr. Hofmann & Co. in Breslau. Aus Mittheilungen der Direktion ist zu entnehmen, daß eine Besserung der Preise sich bisher nicht bemerkbar gemacht hat; es lasse sich auch noch nicht beurtheilen, ob eine solche in nächster Zeit eintreten wird.

Gewerkschaftliches.

Verbandstage. Die 13. Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes findet am 17. Mai in Essen statt. — Der Verband deutscher Schuhmacher hält am 1. April 1902 seine neunte ordentliche Generalversammlung in München ab. Dieselbe beschäftigt sich auch mit der Einführung der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenversicherung, wie auch mit der Pensionierung der Vereinsbeamten.

Aus der Buchdruckerbewegung. Die Agitation unter den Buchdruckern zur Gewinnung neuer Mitglieder scheint gute Erfolge zu erzielen. Die Nr. 12 des „Correspondent“ enthält allein über 90 Anmeldungen zum Verband, die Nr. 13 wiederum gegen 60 Anmeldungen. — Die aus einigen Hundert Mitgliedern zusammengesetzte Buchdrucker-Gewerkschaft wird durch eine Urabstimmung die Mitglieder darüber entscheiden lassen, ob sie sich dem Buchdrucker-Verband in corpore anschließen wollen. Leider ist, nach den in der „Buchdruckerwacht“ laut gewordenen Stimmen kaum zu erwarten, daß dieser Anschluß perfekt wird. Die soeben veröffentlichte Abrechnung der Buchdrucker-Gewerkschaft verzeichnet für das vierte Quartal 1901 eine Einnahme von M. 3982,30, eine Ausgabe von M. 2843,29 und einen Kassenbestand von M. 11 123,24.

Der Hakenarbeiterverband verzeichnet für das Jahr 1901 eine Gesamteinnahme von M. 88 984,13, die sich aus M. 10 573,01 Kassenbestand vom Jahre 1900, M. 63 761,68 Beitrags-, M. 4460,50 Streikfonds und M. 853,10 sonstige Einnahmen zusammensetzt. Von der Gesamteinnahme von M. 47 071,42 entfallen M. 17 367,55 auf Streikunterstützung an Verbandsmitgliedern, M. 4683,59 an andere Gewerkschaften, M. 4140 Sterbegebühren, M. 2031,70 Gemahregeltenunterstützung, M. 8891,34 für Agitation, M. 3750 für Behälter und M. 2690,75 für die Zeitung. Der Kassenbestand des Verbandes ist von 10 573 am 31. Dezember 1900 auf M. 89 862,71 am 31. Dezember 1901 gestiegen.

Technisches.

Tischlerfachschule Detmold. Ueber das für die Weibnachtsferien bestimmte Preisaus Schreiben fand gestern die Prämierung der besten Arbeiten statt. Verlangt wurde eine Ladeneinrichtung von sechs Meter Länge mit Angabe des Verkaufspreises.

Als Preisrichter waren außer den Lehrern der Anstalt die Herren Direktionsassistenten Kaiser aus Düsseldorf, Tischlermeister Sönksen und Kunsthandwerker Nolthoff erschienen. Die Herren Sachverständigen sprachen sich lobend über die eingeleiteten Entwürfe aus und betonten, daß die Arbeiten alle gut durchdacht seien, namentlich der Entwurf mit dem Motto „Nachttheile“ sei in jeder Weise tadellos. Es erhielt den ersten Preis Stängle aus Stuttgart, den zweiten Ehje aus Hochneulirch, den dritten Grubelbach aus Erbferriege, den vierten Heuß aus Lengefeld, lobende Anerkennung erhielten Weinstauf, Wolter und Hugues. Die Entwürfe waren drei Tage im Schulgebäude ausgestellt. Herr Geh. Rath Krohn, der auch die Zeichnungen besichtigte, sprach sich in anerkennender Weise über die Leistungen der Schüler aus. Es ist dieses ein Beweis, daß die Schule auf dem rechten Wege ist und mit der Zeit fortschreitet.

Auch im vergangenen Jahre hat die Schülerzahl zugenommen, so daß das geräumige Schulgebäude sich als zu klein erwiesen hat, es mußten viele Anmeldungen für später zurückgestellt werden.

Literarisches.

Der neue Jahrgang der Illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ empfiehlt sich sowohl durch die glückliche Auswahl des Evidler'schen Romans „Der Vastard“, der von der Literaturgeschichte dem berühmten Roman „Der Jude“ gleichgestellt wird, und der Gorki'schen Novelle: „Im Namen der Dämonen“, wie auch durch die neue Art von Illustrationen, mit denen der „Vastard“ geschmückt ist. Diese geschmackvolle Kapitelzeichnung Staffens, welche die Charaktere des Romans in dem historischen Gewande jener Zeit uns vorführen. Wir empfehlen diese Wochenhefte zu 10 M unseren Lesern, welche für ihre Frauen und Kinder eine billige und gute Unterhaltungsschrift haben wollen, auf's Beste. Probehefte stellt unsere Expedition zur Verfügung.

Von dem **Sozialdemokratischen Reichstags-Handbuch** von Max Schippel, das in Wochenheften zu je 20 M von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegeben wird, liegen jetzt 16 Hefte vor. Mit jedem Hefte erweist sich das Werk immer mehr als ein gründliches und vorzügliches Nachschlagewerk für alle politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen. Kein Arbeiter, der die Streitfragen unserer Zeit von Grund aus verstehen will, kann dieses Buch entbehren, das eine vorzügliche Waffe im Kampfe gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien bildet. In den letzten Heften werden u. A. Bundesrath, Civilliste, Duckunwesen, Finanzgeschichte des Reiches, Flotte, Fortbildungsschulen, Frauenarbeit, Freihandel, Gewerbeaufsicht, Genossenschaften zc. behandelt. Jeder Parteifolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Briefkasten.

- * Pantoffelhölzer in Erle liefert die Holzschuh- und Pantoffelfabrik von S. Unglaube in Grünberg (Schlesien).
 - * Welche Holzhandlung liefert geflaumtes Horn, recht trocken und alt, für Geigenbau?
 - * Wer liefert Stahlspähne zum Reinigen der Parketböden?
 - * Wer kann uns eine Firma nennen, die Kupferrieten zum Bootbau liefert?
- Flensburg, W. B.** Sargbeschläge und Verzierungen liefert die Firma Heint. Bobben, Hamburg, Thalstraße 69. Marmor-Boisquichauflage Oberbecke & Neefe in Düsseldorf, Camillo Stoverandt, Berlin N.W., Tempelhofer Ufer 22, Fein- und Co., Hamburg, Poolstraße 18.

Köln, W. B. Wenden Sie sich an die Maßstabfabrik von Gebrüder Weimer in Leipzig. In Weingensena ist eine gleiche Fabrik, deren Name uns aber nicht bekannt ist.

Rathenow. Wenn uns der Name des Einsenders nicht genannt wird, bleibt das Eingekamte unberücksichtigt.

Kurtwangen, G. H. Wir empfehlen Ihnen das Buch „Bearbeitung und Verwendung der Hölzer und plastischen Materialien“ von Rudolf Stöckling. Zu beziehen durch unsere Expedition. Preis M. 7. Oder: „Das Weizen, Schleifen und Polieren des Holzes von B. Schmidt. Preis M. 4,50.

Walblingen, T. J. 1. Darüber sind sehr verschiedene Urtheile gefaßt worden. 2. Ist unzulässig. Sie können in beiden Fällen vor dem Gewerbegericht klagen.

B. S. Eine Feilenfabrik, deren Inhaber den Namen Frühling, Frölich oder so ähnlich trägt, ist uns leider nicht bekannt.

B. M. in Oa. Er darf Alles, nur kann er, wenn er Tagz beim Meister gegen Stundenlohn arbeitet, nicht als selbstständiger Meister gelten. Im Uebrigen meinen wir, sollte der Mann das Prüfsuchen nach Feierabend unterlassen und lieber dafür streben, daß sein Stundenlohn und der seiner Berufskollegen höher wird.

Nerdhausen, S. Zinkzulagen erhalten Sie bei der Firma Jaf. Havene & Söhne, Berlin, Wallstraße.

Achtung, Holzsammlung! Ein Kollege hat uns vor ja. einem Jahr mehrere Holzsammlungen an. Wir wandten uns an Herrn Direktor Dr. Brinkmann, Hamburg, wissen aber nicht, ob die Vermittelung des Herrn Dr. V. von Erfolg war. Die „Deutsche Drechslerzeitung“, Berlin, fragt in ihrer letzten Nummer an, wer solche Holzsammlungen für eine Fachschule zur Verfügung zu stellen in der Lage ist. Die Fachschule würde solche Sammlung jedenfalls antaufen. Ritten um die Adresse des Kollegen.

Fraunfurt a. M., W. B. Vor dem kommenden Verbandstage ist der Raum eng begrenzt, nach demselben nicht abgeneigt.

Fürth, E. u. A. B. Hatte die Verantwortung dem Genossen Kreischar (Wäcker) hier übertragen, derselbe scheint den Brief zu den Akten gelegt zu haben.

Dresden, K. Daß Sie begn. Ihre Hintermänner mit falschen Karten spielen, geben Sie ja selbst zu, denn Sie sagen: „Wir haben es nicht für nöthig gehalten, dem Vertrauensmann Bruno Seidel Alles zu erzählen, da wir wußten, daß er ein fanatischer Gegner des Möbelpolirerverbandes war.“ Im Uebrigen läßt Ihre heutige Mittheilung recht sonderbare Schlüsse zu.

Marckranstädt, A. Es ist sonderbar, daß die Kollegen immer erst dann wie die Rohrspagen auf ihre früheren Arbeitgeber schimpfen, wenn sie den Rücken frei haben, d. h. nicht mehr dort sind. Die genannten Firmen haben schon seit Jahren annonciert, aber Niemandem ist es eingefallen, auf die Mißstände in ihren Werkstätten hinzuweisen. Großes Vertrauen haben wir zu solcher Berichterstattung um deswillen nicht, weil wir in den letzten Monaten recht üble Erfahrungen gemacht haben.

W. R. in E. Der Rechtsanwalt hat leider Recht. Daß Einzige wäre noch, daß er Invalidentrente beanspruchen kann, vorausgesetzt, daß er nach dem alten Gesetz 25 Wochen geklebt hat. Möglich wäre auch, daß er den Meister persönlich schadenersatzpflichtig macht, da durch dessen Schuld infolge des Zusammenstehens der beiden Holzböcke der Unfall entstand. Besprechen Sie die Sache mit einem auswärtigen Rechtsanwalt.

Berlin, L. Brief erhalten. Die Angelegenheit ist erledigt. Bezüglich der Dauer des Friedens sind wir einig. Brief G. kam zu spät, konnte für diese Nummer nicht mehr darauf eingehen. Gruß.

Eudenburg, E. L. Ja. Postzeitungsnummer 1857, monatlich, nicht aber vierteljährlich.

Gau 18. Postzeitungsnummernummer 1890a.

Stralsund. In der Briefkastennotiz war in vier Zeilen Alles gesagt, was der Bericht enthielt; daher war der Abdruck desselben überflüssig.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. G. 3 in Hamburg.)

Vom 18. Januar bis 1. Februar gingen folgende Gelder ein: Hamburg II, Lindenau je M. 600, Altona 500, Berlin B 400, Sieben, Deynhansen, Johannegeorgenstadt, Schwerin, Wallendar, Löttau, Weissenhof, Heilbrunn je 300; Göttingen, Hasselbach, Hamburg IV, Volkmarndorf, Offenburger, Rathenow, Lägerdorf, Eppenhain, Reichelbach, Kronberg je 200; Jena, Prieß, Bismar, Striegau, Widingen, Grabow, Leipzig III, Böhlitz, Gevelsberg, Löhnitz, Ansbach, Waagen, Reutstadt b. L. je 150; Bachnang 129,79, Ueteren 140, Arzheim 120, Rudolfstodt, Lützingen, Eisleben, Rödelheim, Nüttelsdorf, Borsdorf, Mochau, Gunnersdorf, Walsch, Miesla, Giebichenstein, Sonneberg, Hainhausen, Hofheim, Sprottau, Kröwitz, Gierfeld, Soden, Wabren, Dggersheim, Feitz, Neudorf, Wühl, Burgsteinfurt, Freiberg i. S., Wilsdruff, Ronitz, Wehlheiden, Schmölln je 100; Plauen b. Dr. 90, Wintersdorf, Zeulenroda je 80; Blankenburg a. S. 75, Gelnhausen 70, Wolfenbüttel 60, Gienach, Bergeshausen, Baunsdorf je 50; Debschwig 40. Summa M. 12 377,79.

Vom 18. Januar bis 1. Februar erhielten Zuschüsse: München I M. 800, Berlin G. und H., Köln II, Neuwied je 600, Karlsruhe 400, Cassel, Karlsruhe, Ludwigschauen, Duisburg, Neudorf, Hanau, Reindorf je 300, Münd.-Glabach 250, Darmstadt, Heddesheim, Kastel, Okerwödingen, Nachen, Alschaffenburg, Aue, Bayenthal, Bunzlau, Bittel, Bielefeld, Durlach, Coblenz, Gumbesheim, Dessau, Oppau, Gelfentirchen, Merieburg, Großzimmern, Göttingen, Kottack je M. 200, Braunshweig, Düsseldorf, Grödingen, Herdecke, Mülheim a. d. R., Arnstadt, Bollmarshausen, Steglitz, Neuenstadt, Lahr, Gaarden je 150, Kettich 134, Minden 120, Saalfeld, Lüneburg, Wehringhausen, Niederöllstadt, Leutisch, Gräfenroda, Nassberg, Holzheim, Bach, Griesheim, Großenhain, Neumühlen, Halberstadt, Baienwald, Cotta, Weklar, Fildersheim, Rothenditold, Dünwald, Friedrichshagen je 100, Koburg 188, Flensburg, Rath-Heumar je 80, Brenzlau 70, Fuhgdmheim 50, Gleiberg, Buchheim, Reitersteg, Oberkransdorf, Zwickau je 50. Summa M. 14 482. Krankenunterstützung für die Einzelmitglieder wurde durch die Hauptkasse bezahlt M. 3200,48. L. Jacobs, Hauptassistent.

Veranstaltung-Anzeiger.

Berlin. Branche der Stellmacher. Donnerstag, den 13. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosenthalerstr. 57.
NB. Den Kollegen zur Kenntnis, daß schriftliche Einladungen nicht mehr ergehen, sondern die Versammlungen im „Vorwärts“ und in der „Holzarbeiter-Zeitung“ bekannt gegeben werden.

Braunschweig. Sonnabend, 15. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werber 32.

Charlottenburg. Montag, 10. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Leder, Dismarckstr. 74.: Generalversammlung.

Dresden. Am Dienstag, den 11. Februar, Abds. 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Albrechtstraße 41. Tagesordnung: 1. Der bevorstehende Sonntag. Veranlassung der Anträge und Wahl der Delegierten. 2. Anträge zum Verbandstag und Statutenberatung. 3. Verbands- und gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Emden. Donnerstag, 13. Februar, 6. Menthe.
Hamburg. Sektion der Drechsler. Sonnabend, den 8. Februar, Abends 9 Uhr im Lokale der Wwe. v. Salzen, Caffamacherreihe. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Fest. 2. Werkstatangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Sektionsführer.

Hamburg. Sektion der Stellmacher. Sonnabend, den 15. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt 35. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Sektionsführer.

Köln a. Rh. Sektion der Stellmacher. Samstag, den 15. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Unkelbach, Gereonswall 4.

Münberg. Sonnabend, den 8. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirts Fr. Gentel, Hintereckstraße.

Miesla. Die regelmäßigen, ordentlichen Versammlungen finden jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat im Gasthof zum goldenen Löwen, Schützen- und Dismarckstraßen-Ecke statt.

Wiesbaden. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends 9 Uhr, in „Zu den drei Königen“, Marktstraße 26.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Befragungen. Bevollmächt. Joh. Sübner, Elisenhofstr. 64. Kassierer Phil. Schneider, Heibelbergstr. 115.

Colberg. Versammlungslokal b. Restaur. Strechlow, Treptowerstraße 8. Reiseunterstützung wird gezahlt durch Roth, Simonstraße 8, Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr.

Köln a. Rh. Arbeitsnachweis u. Herberge befinden sich seit dem 1. Februar in der Restauration Unkelbach, Gereonswall 4.

Magdeburg. Bevollmächt. W. Peters, Schulbrücke 11. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Reichenbach i. W. Den Kollegen hierdurch zur Kenntnis, daß die Reiseunterstützung bei dem Bevollmächtigten Paul Krippendorf, Abends von 7-8 Uhr, ausbezahlt wird.

Miesla. Bevollmächtigter Franz Endler in Weida, 63 b, 2. Et. Reiseunterstützung wird nur beim Kassierer Bernhard Grösch, Schulstr. 7, 1. Et. L., ausbezahlt, Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr.

Barel. Bevollmächtigter Fr. Meyer, Lindenhof. Kassierer Fr. Brunken, Mühlentstraße. Verkehrslokal u. Herberge bei Georg Meyer, Langestraße 10. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Werdau i. S. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokal im Restaurant „Bergfelser“ befindet. Reiseunterstützung zahlt Hermann Göde, Gr. Brüderstraße 2, aus.

Otto Menz, Tischler aus Gotha, wird hiermit aufgefordert, seine Adresse sofort zu senden. Die Ortsverwaltungen werden um event. Mittheilung gebeten.
Herrn Müller, Bevollmächtigter, Reichenbach a. M., Küffelbergstr. 4

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Albert Frelstedt, geb. 30. 4. 62 zu Sanktbrunn, gest. 25. 1. 1902 an Herzkrankheit zu Leipzig.

Adolf Kuschmann, Tischler, geb. 27. 5. 76 zu Wiesbaden, gest. 21. 1. 1902 zu Wiesbaden.

Wilh. Müller, Tischler, geb. 14. 9. 68 zu Hildburghausen, gest. 2. 2. 1902 an Lungenschwundstich zu Leipzig.

Wilh. Weissenborn, Tischler, geb. 23. 6. 77 zu Eibagien, gest. 16. 1. 1902 zu Eibagien. Herr Eilenburg.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Der Tischler **H. Munk,** Buchn. 56 005, wird hiermit gebeten, seine Adresse betreffs des Geldes von Wilde zu schicken.

Magdeburg, 31. Januar 1902.
Wilh. Peters, Schulbrücke 11.

Der Schreinergehilfe **Gottlieb August Stock,** geboren am 29. 9. 74 zu Jakobsdorf, Str. Namslau (Schlesien), wird gebeten, seine Adresse an **Wilh. Stock,** Schreinermeister, Kemmerob, Bez. Wiesbaden, mitzutheilen. Die Leser werden freundlichst um Angabe der Adresse ersucht oder St. hierauf aufmerksam zu machen.

Achtung!

Dem Tischler **Wilhelm Geissel** zu Bielefeld ist sein Mitgliedsbuch Nr. 63 226, sowie Sachen im Werthe von M. 50 gestohlen worden. Den Vorzeiger des Buches bitte ich festnehmen zu lassen und mir sofort Mittheilung zu machen.
W. Geissel, Bielefeld, Siegfriedstr. 45.

Möbelpolierer.

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis d. Verbandes der Möbelpolierer.
Geschäftsstelle: **H. Schulz,** Berlin O, 34, Memelerstr. 60 a.
Der Vorstand.

Werkmeister

für Korbwaarenfabrik, durchaus erfahren in Geschlagen und Gestellarbeit, 30 Jahre alt, versch. sucht per sofort Engagement. Gest. Offerten u. L. A. 109 an die Exp. d. Bl.

Bei hoher Vergütung suche allerorts Herren, welche den Betrieb hochleg. Artikel nebenbei übernehmen. Betrieb eignet sich für Jedermann. Prospekt gratis und franko
Herrn Woll, Zwickau i. S., Mühlenerstr. 12.

Einige tüchtige Spazierkorbpolierer für Naturstoffe sucht
Daniel Lorbe, Nürnberg.

Gebilte Gestellarbeiter auf Peddigrohrmöbel gesucht. (Alfordlohn.)
Mathesius & Co., Gaußsch 5, Leipzig.

9 tüchtige Korbmacher auf Reiseförbe sucht gegen hohen Lohn
Heinrich Schiele jun., Ilmenau i. Th.

Korbmacher.

Tüchtige Drückjanganarbeiter auf Kinderwagenkörbe, bei Alfordarbeit, finden dauernde Beschäftigung.
Heinrich Mayer & Wunsch, Rothenburg a. d. Tauber.

Ein tüchtiger Korbmachergehilfe auf geschlagene und gemastete Arbeit, bei gutem Lohn, sofort gesucht.
Peter Kittel, Schwanheim b. Frankfurt a. M., Hauptstr. 25.

3 Korbmacher, 1 auf Gestell u. Bambus, 1 auf groß Geschlagen und 1 auf grün Geschlagen, saubere Arbeiter, sofort gesucht.
Martin Richter, Baußen i. S., Tuchmachergasse 18.

Ein tüchtiger, solider Bürstenmachergehilfe auf sofort gesucht.
Ferd. Schaaf, Ohligs, Grabenstr. 8.

Dübeln gezahnt, 8, 10, 12, 14, 16, 18 mm, mit acht amerikanischen Dübelbohren, M. 7,50.

Stanley's Zickflingenhobel Nr. 80, M. 4, Stanley's verstellbarer Schiffshobel M. 9,50, Bohrwinden m. Getriebe i. f. M. 2,50, dito „Klarre“ M. 4,50, versendet gegen Nachnahme
Ernst Trimpop, Remscheid-Eienerhsh.

C. Bratsch, Reinickendorf-Berlin.

Bratsch's Politur „Unerreicht“

Bratsch's Eichen-Nachbeizen

Bratsch's weltberühmt. Mattlack

Bratsch's Schellack-Porenfüller

Bratsch's Politur- u. Glanzlacke sind die besten.

Prämirt:
Leipzig und Gewerbeausstell. Berlin.

*** Slomke's Städtebuch *** für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- u. Begehrkarte von Deutschland und ang. Ländern. 356 Seiten, geb. M. 1,20. Zu beziehen d. alle Buchhandl. od. geg. Einz. v. M. 1,40 von **S. Slomke's Verlag,** Bielefeld.

Die moderne Bautischlerei.

Vorlagen für alle im Baufach sowie für den inneren Ausbau vorkommenden Arbeiten.
Preis M. 10,50.

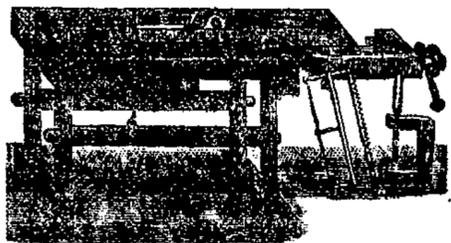
Die Exped. der „Holzarb.-Ztg.“

„Der Deutsche Tischlermeister“

Berlin SW, Friedrichstr. 31,

ist die anerkannt hervorragendste Fachzeitung der Tischlerei. Jede Nummer enthält praktisch verwendbare Zeichenvorlagen für Möbel- und Bautischlerei. Zahlreiche Textillustrationen. Reich illustriertes Unterhaltungsblatt „Für's deutsche Haus“ gratis. Wöchentlich erscheint eine Nummer. „Der Deutsche Tischlermeister“ berichtet über bemerkenswerthe richterliche Entscheidungen und alle dieses Gewerbe betreffende Vorgänge der Öffentlichkeit, und giebt in seinem Briefkasten, auf Wunsch auch brieflich, jedem seiner Abonnenten kostenfreien Rath in allen technischen, künstlerischen und rechtlichen Fragen. Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Abonnementbestellungen werden am Schalter des nächstgelegenen Postamtes entgegengenommen zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Der „Deutsche Tischlermeister“ ist im Postzeitungskatalog unter Nr. 1956 eingetragen, was bei der Bestellung am Postschalter angegeben werden muß. Wünscht der Abonnent die Zeitung in's Haus gebracht, so sind an die Post noch 12 $\frac{1}{2}$ pro Vierteljahr Bestellgeld zu zahlen. Auch kann man die Bestellung durch den Briefträger besorgen lassen, doch ist es gut, um Verwechslungen zu verhüten, diesem den genauen Titel der Zeitung „Der Deutsche Tischlermeister“ und die Zeitungskatalognummer 1956 auf einen Zettel aufzuschreiben. Auch kann man einen dergleichen Bestellzettel mit der Aufschrift: An das Postamt, hier, und mit deutlicher Angabe der Wohnung und des Namens des neuen Abonnenten versehen, unfrankirt in einen Briefkasten werfen, dann besorgt die Post die Zeitung und erhebt den Betrag für das Abonnement durch den Briefträger. Wünscht ein Abonnent die Zeitung per Streifenband zu erhalten, dann genügt eine Postkarte an die Expedition, „Der Deutsche Tischlermeister“, Berlin, Friedrichstraße 31. Das Streifenbandabonnement ist theurer und kostet M. 2 pro Quartal.

Die schönste Musik, als Opern, Märche Stunden auf m. Konzert-Mundharmonika mit Messingplatten, Decken gravirt und aufgeschraubt, 2 Seiten zum spielen, 80 Stimmen M. 2, mit 92 Stimmen à St. M. 2,30 franko. Nachnahme 20 $\frac{1}{2}$ mehr. 8 Tage zur Probe, nicht gef. Geld retour.
H. Fischer, Gera (N.), Friedrichstr. 6.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.

Titus Axen, Altona.
Preislisten gratis und franko.

Möbeltischlerei mit Maschinenbetrieb, guter Kundschaf, sofort zu verkaufen. Off. erb. an die Exp. d. Bl. unter **N. 107.**

Reelle Zigarren-Offerte.

Officieren den Genossen unsere vorzüglichen Fabrikate in den Preislagen von M. 28 bis M. 100 pro Mille. Musterlisten zu Diensten.
Rösler & Hofmann, Zigarrenfabrik, Sainewalde i. E.

Technikum Stadtsulza (Thür.)

Fachschule für Tischler.
Programm kostenfrei durch die Direktion.

Tischler-Fachschule Ostmold

Drei- u. sechsmonat. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.



Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Ellbeck Pappel-Allee 26-36

Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und fürhand, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verbindet unter Garantie d. Oelauschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerai-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Bei einem großen Theile der heutigen Auflage liegt ein Prospekt von **Paul Horn, Fabrik chemischer Produkte, Hamburg,** bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Berlitz: A. Köste, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Weide in Hamburg.